Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1927

125 (16.3.1927) Morgenausgabe

Visual Library

Morgen-Ausgabe.

Bezugspreis frei ins Haus halbmonatlich 1.50 RM im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 1.40 RM. Durch die Post bezogen monatlich 2.60 RM. Einzelpreise: Werktags-Nummer 10 ₰, Sonntags-Nummer 15 ₰ — Im Fall höherer Gewalt Streik Aussperrung 2c hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nicht-Erscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. des Mts auf den Monatsletzten angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 1spaltige Nonp.-Zeile 0.32 ausw. 0.40 RM. Stellen-Gesuche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen ermäßigter Preis. Reklame-Zeile 1.50, an erster Stelle 2.— RM. Bei Wiederholung tarifiester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkursen außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und

Handels-Zeitung

Neue Badische Presse — Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 16. März 1927.

43. Jahrgang. Nr. 125.

Eigentum und Verlag von :: Ferdinand Thiergarten ::
Chefredakteur: Dr. Walther Schneider. Preßgesetzlich verantwortlich: Für deutsche Politik und Wirtschaftspolitik: Dr. G. Brixner, für auswärtige Politik: M. Löbche, für badische Politik: M. Holzinger; für Kommunalpolitik: K. Binder; für Lokales und Sport: R. Volderauer, für das Feuilleton: E. Belzner; für Oper und Konzert: Chr. Hertle, für den Handelsteil: F. Feld; für die Anzeigen: A. Rinderspacher; alle in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Metzger. Fernsprech: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054. Geschäftsstelle: Zirkel- und Lammstraße-Ecke. Postscheckkonto: Karlsruhe Nr. 8359. Beilagen: Volk und Heimat, Literarische Umschau, Roman-Blatt, Sportblatt, Frauen-Zeitung / Wandern und Reisen, Haus und Garten / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Der Kabinettsrat über Genf.

Das Ergebnis gebilligt.

Bekenntnis zu der Rechtsauffassung Dr. Stresemanns

m. Berlin, 15. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Den ersten Teil seiner Berichterstattung über Genf hat der Reichsaußenminister hinter sich. Er hat am Montag sofort dem Reichspräsidenten berichtet und am Dienstag dem Kabinett. Es mußte einigermaßen auffallen, daß über seinen Besuch beim Reichspräsidenten ein Kommuniquee nicht verbreitet wurde, und auch die Tatsache, daß der Reichspräsident selbst bei der Besprechung des Ministerrats den Vorsitz führte, ließ wohl erkennen, daß innerhalb des Kabinetts die Kritik, die sich auch bei den Regierungsparteien bemerkbar gemacht hat, ihren Niederschlag fand. Die amtliche Formulierung, die über das Ergebnis des Kabinettsrats ausgegeben wird, muß diese Vermutung noch bestärken.

Das Kabinett hat die Rechtsauffassung geteilt, die Dr. Stresemann in Genf vertreten hat, und

das vorliegende Ergebnis einmütig gebilligt.

Das ist so ziemlich das Mindeste, was in diesem Augenblick gesagt werden mußte, wird aber auch zugleich im Auslande zu erkennen geben, wie wenig erfreulich das amtliche Deutschland den Ausgang der Genfer Beratungen betrachtet. Die Zurückhaltung, die in der Formulierung gewählt ist, richtet sich also nicht so sehr gegen die Person des Außenministers, wie gegen die Methoden, die unter Führung Frankreichs in Genf gegen Deutschland beliebt geworden sind.

Gerade deshalb ist aber auch innerhalb dieser Kabinettssitzung die gesamte Lage unserer auswärtigen Politik besprochen worden. Es fällt auf, daß die Besprechungen zwischen dem Reichsaußenminister und dem polnischen Minister in dem amtlichen Kommuniquee gar nicht erwähnt worden sind, obwohl sie zweifellos in der Kabinettssitzung auf Grund des Berichtes Dr. Stresemanns mitbehandelt wurden. Vielleicht ist das darauf zurückzuführen, daß die amtliche deutsche Politik ihre Zustimmung zu dem neuen modus procedendi erst aussprechen will, nachdem auch in Warschau die Entscheidung gefallen ist.

Briands Bericht.

F.H. Paris, 15. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Das Kommuniqué über den heutigen französischen Ministerrat erwähnt kurz die Tatsache, daß Briand einen Bericht über die auswärtige Lage, besonders über die Arbeiten des Völkerbundsrats in Genf erstattete. Nach Schluß des Ministerrats wurde Briand von den im Hofe des Elysées wartenden Journalisten gefragt, was er über Genf gesagt habe. Er antwortete, daß sein Bericht über die Genfer Tagung ohne weitere Erörterung zur Kenntnis genommen wurde. In diesem Augenblick kam Poincaré heran, nahm Briand unter dem Arm und führte ihn fort, so daß weitere Fragen an den Außenminister nicht gerichtet werden konnten. Poincaré und Briand fuhren auf die dänische Gesandtschaft, wo sie der König von Dänemark zum Frühstück gebeten hatte. Da der Ministerrat heute eine Fülle von Angelegenheiten erledigt und dennoch bis mittags mit den Beratungen zu Ende war, besteht kein Zweifel, daß über Genf nur sehr wenig gesprochen wurde. Man glaubt in Paris, daß Briand im Laufe dieser Woche Gelegenheit haben wird, auf die Angelegenheit vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten zurückzukommen.

Ueber die amerikanische Einladung, an einer Konferenz wegen Herabsetzung der Rüstungen zur See teilzunehmen, wurde im heutigen Ministerrat gesprochen. Man einigte sich aber dahin, vorläufig keine Beschlüsse zu fassen, sondern die Angelegenheit in einem neuen Ministerrat nächsten Samstag noch einmal zu erwägen. Am Samstag soll auch ein Beschluß darüber gefaßt werden, welche Antwort auf die amerikanische Note erteilt werden soll. Der Handelsminister Bokanowsky erstattete Bericht über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

Erfolge Poincarés im Senat.

F.H. Paris, 15. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Im Senat hatte heute Poincaré einen großen Tag. Erörtert wurde das von der Kammer angenommene Gesetz wegen Bewilligung von Zusatzkrediten für das Jahr 1926. Der Berichterstatter Cheron wies nach, daß Frankreich den Kampf um den Franc gewonnen habe. Niemand dürfe wagen, diesen Sieg zu kompromittieren. Die Führer aller politischen Parteien hatten sich um Poincaré geschart, der die heilige Einigkeit zustande brachte. Poincaré rühmte sodann in langer Rede sein Werk. Das Budget sei bewilligt, die Steuern würden rechtzeitig bezahlt. Für das Jahr 1926 erzielte man einen Ueberschuß von einer Milliarde. Dann kam der bei Poincaré unvermeidliche Angriff auf Deutschland, welches nicht rechtzeitig die Reparationen bezahle, weshalb Frankreich verurteilt war, Anleihen aufzunehmen, um die zerstörten Gebiete aufzubauen. Vor Poincaré war die Situation tragisch, weil alle Welt bis zu den Portiers gegen den Franken spekulierte und die neuen Reichen nur ausländische Wertpapiere kauften. An eine Wirtschaftskrise glaubt Poincaré nicht. Die jetzige Situation sei jedenfalls besser als jene, da ein künstlerischer Wohlstand herrschte. Der Zustand der öffentlichen Finanzen sei befriedigend, zumal größere Devisenmengen angeschafft werden könnten. Schließlich behauptete Poincaré, daß die schwebende Schuld eine Verminderung um drei Milliarden erfuhr. Der Senat feierte den Ministerpräsidenten stürmisch.

Krise in den Wirtschaftsverhandlungen.

F.H. Paris, 15. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen ist eine Krise eingetreten, über die, wie unser Korrespondent von maßgebender Seite hört, der Handelsminister Bokanowsky heute bereits im Ministerrat Bericht erstattete. Wie die Dinge heute abend liegen, besteht die Möglichkeit, auf die man die deutsche Oeffentlichkeit vorbereiten muß, daß die Franzosen am 21. März oder noch früher das bestehende Handelsvertragsprovisorium aufkündigen könnten, weil sie unbedingt darauf beharren, daß ihnen für die Monate April und Mai die Einfuhr eines großen Weinkontingents bewilligt wird, dessen Wert sich auf ungefähr vierzig Millionen Francs belaufen würde. Die deutsche Abordnung steht auf dem Standpunkt, daß die entscheidende Frage der Weineinfuhr zum Minimaltarif erst im endgültigen Handelsvertrag gelöst werden soll, daß aber den Franzosen für die Monate April und Mai die Einfuhr einer gewissen Quantität Waren bewilligt werden könne und daß dafür deutsche Industrieprodukte (Maschinen, chemische und elektrische Waren) von den Franzosen ebensolche Zugeständnisse gemacht würden.

Heute abend war die Stimmung bei der deutschen und der französischen Abordnung anscheinend pessimistisch. Morgen wird eine neue gemeinsame Sitzung stattfinden, wobei ein neuer Versuch gemacht werden wird, ein Kompromiß zustande zu bringen. Es wäre gewagt, irgend eine Voraussage machen zu wollen, ob ein solches Kompromiß zustande kommt. In aller Objektivität möchte unser Korrespondent aber feststellen, daß in Paris sicherlich Leute am Werke sind, die ein Kompromiß herbeizuführen suchen, daß aber auch eine gewisse nationalistische Strömung bemerkbar ist, die dem Abschluß von Vereinbarungen wenig günstig ist.

Rußlanddebatte im Unterhaus.

v.D. London, 15. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Rußland spielte heute während der Fragezeit im Unterhaus eine große Rolle. Der Kriegsminister erklärte auf die Fragen, daß nach seinen letzten Informationen das russische Heer 600 000 Mann stark sei, wenn man die der Miliz gleichkommenden Truppen dazurechne, dann stiege die Zahl auf eine Million. Dazu müsse man dann noch über acht Millionen Reserven rechnen. Sir William Davidson fragte den Minister, ob seine Aufmerksamkeit darauf gerichtet worden sei, daß verschiedene Mitglieder der russischen Sowjets in der letzten Zeit wiederholt erklärt hätten, der Krieg der Sowjets mit den kapitalistischen Staaten sei unabwendbar. Der Sprecher griff hier mit der Bemerkung ein, daß Rußland die Herren Abgeordneten anscheinend immer zu längeren Reden reizte, die er nicht gestatten könne.

Der Kriegsminister wurde dann weiter gefragt, ob es richtig sei, daß in Rußland Vorbereitungen für einen Krieg mit giftigen Gasen betrieben werden. — Der Minister bestätigte das und fügte hinzu, es seien mehrere Fabriken in Rußland errichtet worden, in welchen große Mengen giftige Gase hergestellt würden und vielmehr damit experimentiert werde als in irgendeinem anderen Land. Ein sozialistischer Abgeordneter fragte den Kriegsminister, ob er bereit sei, Rußland anzubieten, daß Großbritannien in einem zukünftigen Krieg keine giftigen Gase benützen wollte, wenn Rußland dasselbe verspreche. Der Minister verwies den Fragesteller auf die Washingtoner Konferenz, fügte aber hinzu, Rußland habe an derselben nicht teilgenommen.

Beschlüsse des Ratskomitees.

ie. **Genf, 15. März. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.)** Das Ratskomitee des Völkerbunds, das sich mit der Ausarbeitung von genauen Erklärungen zum Artikel 11 der Völkerbundssatzungen beschäftigt, hat heute abend seine Sitzungen vorläufig abgeschlossen, nachdem der Bericht der Dreierkommission, dessen Inhalt wir gestern bereits mitgeteilt haben, im Großen und Ganzen angenommen worden ist. Die Veränderungen beziehen sich vor allem auf die Schaffung einer neutralen Zone, die im Falle eines Konflikts zwischen den sich streitenden Parteien vorgesehen ist. In der neuen Fassung des Berichts sollen beide Parteien aufgefordert werden, ihre Truppen aus dieser Zone zurückzuziehen. Diese Aenderung erfolgte auf den Wunsch des Vertreters Italiens, das beispielsweise die Alpengrenze nicht ohne weiteres für den Konfliktfall als neutrale Zone zulassen will. Auch die Zulassung einer Luftflottendemonstration gegen den Staat, der sich den Völkerbundsbeschlüssen nicht unterwerfen will, wird in den Hintergrund gedrängt, da er geeignet ist, eine schwierige Situation eher noch zu verschlimmern als zu klären. Schließlich ist auch der Begriff des status quo ante, der durch einen Einmarsch der Macht in das Gebiet einer anderen geändert wird, festgelegt. Es soll jede Macht, die den status qu ante durch einen Truppeneinmarsch in ein anderes Land verändert hat, angehalten werden, die Truppen sofort zurückzuziehen. Die Mitglieder des Ratskomitees werden in Genf bleiben, um zur Verfügung der vom Montag ab hier tagenden Kommission der Abrüstungskonferenz zu stehen.

Finanzprobleme.

Die Verwendung von Reichsmitteln.

Die Frage der Beamtengehälter. — Die Notlage der Invaliden.

m. Berlin, 15. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Regierungsparteien, Reich, Länder und Gemeinden streiten sich mit steigender Erbitterung um das Kompromiß zum Finanzausgleich, das zunächst innerhalb der Regierungsparteien abgeschlossen ist. Bei den widerstrebenden Interessen ist es unvermeidlich, daß die Formulierungen, die dabei getroffen sind, für einzelne Länder und Gemeinden günstig, für andere ungünstig sind und daß deren Haltung dadurch nicht nur stark beeinflußt wird, sondern auch ihren Niederschlag innerhalb der einzelnen Fraktionen findet. Das Schwierige ist dabei nicht einmal so sehr das Problem an sich, wie die Tatsache, daß erhebliche Reichsmittel für Länder und Gemeinden aufgezehrt werden, obwohl das Reich selbst vor der Notwendigkeit steht, wenigstens den Versuch zu machen, neue Mittel für andere dringende Aufgaben zur Verfügung zu stellen.

Von einer grundsätzlichen Erhöhung der Beamtengehälter, die den Beamten schon seit zwei Jahren versprochen worden ist, darf man im Augenblick ja gar nicht reden. Das wird frühestens im Sommer akut werden. Dagegen ist eine Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses für die Beamten noch vor dem 1. April wegen der neuen Mietsteigerung unvermeidlich. Dazu kommen die Entschädigung der Auslandsdeutschen, die Regulierung der Liquidationsschäden, der Ausgleich von Härten bei der Aufwertung, die Anleiheablösung, die Versorgung der Kriegsbeschädigten und endlich die Ansprüche des besetzten Gebietes. Das alles bei einem Etat, der rechnerisch bereits ein Defizit aufweist, der höchstens noch stille Reserven insofern hat, als auf höhere Einnahmen aus den Reichssteuern gegenüber dem Etatsansatz gerechnet werden kann. Aber die Summen, die dabei herauskommen, sind beschränkt. Sie reichen auch nicht entfernt dazu, allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Darunter leidet auch die von allen Parteien ernstlich angestrebte Besserung der Lage der Invaliden. Wenn man nur um ein Geringes helfen will, sind dafür Beträge von rund 130 Millionen notwendig, die durch Beitragserhöhungen nur in bescheidenem Maße aufzubringen sind, da ohnehin schon eine Erhöhung der Beiträge um 15 Prozent nötig ist, nur um die gegenwärtigen Ansprüche befriedigen zu können. Die Beiträge, so wie sie jetzt sind, werden zwar für das laufende Jahr ausreichen. Im nächsten Jahre würde aber ein Defizit bestehen, das bis 1931 allein auf 400 Millionen berechnet ist. Die Erhöhung der Beiträge um 15 Prozent würde also gerade ausreichen, um diesen Ausfall zu decken. Eine weitere Erhöhung um 10 Prozent würde wenigstens für die Witwen über 65 Jahren und einzelne Kategorien der Invaliden eine Verbesserung ihrer Lage bringen, dem Gros aber auch nicht helfen. Das Reichsarbeitsministerium hat ein Programm ausgearbeitet, wonach das Reich wieder einen wesentlichen Teil der Kosten zu übernehmen hätte. Der Finanzminister hat sich aber dazu noch nicht erklärt, und solange eine gutachtliche Aeußerung gerade von dieser Seite nicht vorliegt, ist es den Parteien natürlich überhaupt nicht möglich, zu der ganzen Frage Stellung zu nehmen, zumal da auch Bedenken dagegen bestehen, alle vorhandenen Mittel in die Invalidenversicherung hineinzustecken.

Der Reichskanzler hat zum Mittwoch nachmittag die Führer der Regierungsparteien zu einer Besprechung gebeten, bei der vermutlich das ganze Problem der Verwendung von Reichsmitteln gründlich durchbesprochen werden soll.

Die Finanzausgleichsberatungen.

*** Berlin, 15. März. (Funkspruch.)** Bei der weiteren Beratung des vorläufigen Finanzausgleichs vor dem Steuerausschuß des Reichstages erklärte der preußische Finanzminister, die bayerische Steuerentschädigung sei eine Reichsfrage. Preußen habe gegen ihre Regelung die stärksten Bedenken. Reichsfinanzminister Dr. Köhler stellte fest, daß die preußische Regierung von Anfang an über die Verhandlungen unterrichtet war. Die Verhandlungen hätten durchaus nicht hinter verschlossenen Türen stattgefunden. Zur Zeit werde mit Bayern darüber verhandelt, was der 640 Millionen-Postabfindung des Jahres 1920 heute entspreche. Auf die Durchführung der Realsteuergesetze habe das Reich keinerlei Möglichkeit, einzuwirken. Die Reichsregierung beabsichtige jedoch, in dem Reichsrahmengesetz für die Grund- und Gewerbesteuer eine Grundlage zu schaffen. Nachdem dann von einem Vertreter der Bayerischen Volkspartei erklärt worden war, daß von Sonderverhandlungen mit Bayern gar keine Rede sein könne, wies der Vertreter Bayerns, Staatsrat von Wolff, die gestrige Bemerkung des sächsischen Vertreters zurück, der es als auffällig bezeichnete, daß dieser Vorstoß unter Führung Bayerns gekommen sei. Bayern habe eine Erhöhung des Anteils der Länder an der Einkommen- und Körperschaftssteuer von 75 auf 90 Prozent verlangt und halte daran heute noch fest. Beim endgültigen Finanzausgleich werde man um einen interterritorialen Lastenausgleich nicht herumkommen. Die 45 Millionen Biersteuer für Bayern sollen durchaus keine ewige Rente sein, sondern nur eine Höchstgrenze. Maßgebend blebie nach wie vor der Prozentsatz der Beteiligung Bayerns an der Biersteuer. Der völkische Redner lehnte ein weiteres Provisorium ab und forderte einen endgültigen Finanzausgleich. Als das einzig Vernünftige an dem Antrag der Regierungsparteien bezeichnete er die Forderung eines Reichsrahmengesetzes für die Realsteuern. Nachdem dann noch ein volksparteilicher Redner Abfindung der einzelnen Länder nach Billigkeitsrücksichten und nicht unter Versteifung auf den Rechtsstandpunkt verlangt und ein kommunistischer Redner das „faule" Kompromiß abgelehnt und eine Senkung der Milliardenlasten der großen Masse gefordert hatte, wurde die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Die Erwerbslosenfürsorge.

m. Berlin, 15. März. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftmeldung.) Zu den Entwürfen, die der Reichstag eigentlich vor dem 1. April verabschieden möchte, gehört auch das Gesetz über die Erwerbslosenfürsorge. Es liegt nun schon seit mehreren Wochen in der Kommission. Irgendeine Aussicht aber auf Verabschiedung in absehbarer Zeit besteht nicht. Der Ausschuß hat bisher wenig mehr als 20 Paragraphen von insgesamt 150 beraten. Dazu kommt, daß die ersten 30 Paragraphen von der Regierung noch einmal umgearbeitet werden müssen, weil eine große Reichsorganisation für die Fürsorge geschaffen werden soll. Kurz, es ist kein Gedanke daran, daß der Reichstag bis zum 1. April mit der neuen Vorlage fertig wird. Unter diesen Umständen wird es sich nicht vermeiden lassen, daß die Erwerbslosenfürsorge in ihrer gegenwärtigen Gestalt provisorisch um einige Monate verlängert wird, damit wenigstens kein Vacuum entsteht. Auch das würde das Reich wieder größere Mittel kosten. Ein anderer Ausweg wird indessen kaum zu finden sein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Haushalt des Wirtschaftsministeriums.

Fragen des Handwerks.

* **Berlin**, 15. März. (Funkspruch.) Vizepräsident Esser eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Gegen den kommunistischen Antrag, sofort die Frage der Erhöhung der Bezüge der Invalidenversicherung zu behandeln, wird Widerspruch erhoben, da erst die Vorschläge der Regierung abgewartet werden sollen. Die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. **Biener** (Dntl.) weist auf die starke Vermehrung der Eigenbetriebe des Reichs, der Länder und der Gemeinden hin. Ihre ständig wachsende Ausdehnung auf weitere Gewerbszweige sei zu einer großen Gefahr für die Privatwirtschaft, in erster Linie für das Handwerk und den Einzelhandel, geworden. Der Konkurrenz der behördlichen Betriebe ist das freie Gewerbe naturgemäß nicht gewachsen, weil sie nicht die öffentlichen Lasten zu tragen haben, die die Privatwirtschaft an Steuern aller Art auf sich nehmen muß. Sie führen daher zu einer wirtschaftlichen Schwächung, letzten Endes zur Aufsaugung des Gewerbes. Dieser unheilvollen Entwickelung müsse entgegengetreten werden. Der Redner fordert Unterstützung der Kreditgenossenschaften und Beibehaltung der Meisterlehrer im Berufsschulgesetz. Notwendig sei ein Staatssekretär für das Handwerk, mindestens aber müsse dem Handwerk ein Ministerialdirektor gewährt werden.

Abg. **Beythien** (D. Volksp.) dankt dem Reichswirtschaftsminister für die von ihm veranlaßte Aufhebung der Preistreibereigesetzgebung und für die Zurückziehung des von seinem Vorgänger übernommenen Gesetzes über den Preisabbau. Die Aufhebung dieser Ausnahmegesetze bedeute die vom Mittelstand lange ersehnte selbstverantwortliche Freiheit. Der Redner bezeichnet die mittelständische Gesamtlage als schwierig. Unsachliche Kritik, wie sie die Wirtschaftspartei übe, würde sich gegen sie selbst wenden, wenn sie einst die Verantwortung mit übernehme. Dringend nötig sei eine Lastenverminderung für Handel, Handwerk und Gewerbe. Bedenklich sei die Konsumkreditfinanzierung. Der Zugabenunfug verdiene Bekämpfung. Bei Aenderung der Gewerbeordnung müsse verboten werden das Hausieren mittels Kraftwagen, ferner der hausiermäßige Vertrieb von orientalischen Teppichen. Er begrüßte Schaffung eines Ministerialdirektorpostens für die Fragen von Handwerk, Einzelhandel und Gewerbe.

Abg. **Sommer** (Ztr.) erklärt, das Handwerk habe Deutschland viele wertvolle Schätze beschert. Jetzt herrsche im Handwerk drückende Erwerbslosigkeit, und man müsse sich leidlich durchhungern. Der Redner verweist besonders auf die Konkurrenz der Reichsdruckerei für das Buchdruckgewerbe. Solche Eingriffe in die Privatwirtschaft müßten verboten werden. Er tritt weiter für Maßnahmen zur Einschränkung des wirtschaftlichen Wettbewerbs der Strafanstalten ein.

Abg. **Büll** (Dem.) ist der Meinung, daß das Kartellwesen vom Ministerium in übertriebener Weise gefördert werde. Man solle Handel und Handwerk darüber hören, wie die Kartelle auf die ganze Wirtschaft wirken. Die schrankenlose Freiheit müsse durch eine gewisse Gebundenheit beschränkt werden. In der Bekämpfung des übertriebenen Warenhandels nach Schluß, besonders bei der Reichsbahn, habe das Ministerium völlig versagt.

Abg. **Lemmer** (Dem.) protestiert dagegen, daß die Reichsregierung in ihrem Entwurf den schwedisch-amerikanischen Zündholztrust geradezu sanktioniere. Durch ein solches Gesetz solle hier einer ausländischen Kapitalgruppe die Ausbeutung des deutschen Marktes gesichert werden. Die Bildung des Trustes habe bereits eine Preissteigerung von 30 Prozent zur Folge gehabt.

Dr. Curtius erwidert.

Reichswirtschaftsminister Dr. **Curtius** beklagt sich darüber, daß die Oppositionsredner mit vollständig zubereiteten Manuskripten auf die Tribüne getreten seien und infolgedessen zu den eingehenden sachlichen Darlegungen der Regierung nur in kurzen Eingangs- und Schlußbemerkungen Stellung genommen hätten. (Stürmische Zurufe und Widerspruch links.) Ein solches Verfahren sei nicht geeignet, zu einer sachlichen Auseinandersetzung zu führen. Die Interessenorganisationen aller Richtungen seien ohne Zweifel ein starkes Aktivum unserer gesamten Wirtschaft. Man sei sich aber auch klar darüber, welch ungeheure Gefahren von diesen Organisationen ausgehen. Der Minister erklärt, daß er immer dafür eintreten werde, daß das Reich und das Gemeinwohl von diesen Organisationen nicht überwuchert werden. Den Demokraten müsse man erwidern, daß sie doch die Handelsvertragspolitik zwölf Monate lang mitgemacht haben. Erst seit zwei Monaten seien die Demokraten nicht mehr in der Regierung, und in dieser Zeit sei das Wirtschaftsministerium ebenso aktiv gewesen wie vorher. Der Minister gab die Verwendung eines namhaften Betrags zur Ausbildung von Ingenieuren wie die Vereinigten Staaten und eines Betrages für die Werkstättenschau Berlin 1927 zu. Ein besonderes Qualitätsmarkenschutzgesetz hält er nicht für erforderlich. Auch die kartellierte Industrie habe die Preise gesenkt; zum Beispiel für Stickstoff und Alluminium. Die Preise für Kohle, Eisen und Kali seien an sich bereits verhältnismäßig niedrig. Der Preiserhöhung für Kali habe man sich nicht widersetzen können, als die Verhältnisse der Landwirtschaft sich gebessert hatten. Das Ziel der Rationalisierung und der Technisierung und die Erhöhung der Kaufkraft sei noch nicht erreicht. Ueber die Kartellfrage werde man sich demnächst im Ausschuß unterhalten. Eine Aenderung der Quotenentschädigung für Stillegungen sei aus rechtlichen Gründen unmöglich. Das Verhältnis der Handelsvertragsabschlüsse zu den autonom behandelten Ländern sei vor dem Kriege 1:3 gewesen, heute bereits 1:2. Deutschland habe sich also nach dem Kriege viel stärker vertraglich gebunden. Unsere Handelspolitik werde auch fernerhin auf Herabsetzung der Industriezölle gerichtet sein. Zwischen Verabschiedung und Inkrafttreten des endgültigen Zolltarifs werde ein so großer Zeitraum liegen, daß inzwischen Handelsverträge nach dem neuen Entwurf abgeschlossen werden können. Darum müsse man zunächst einmal eine gewisse Konsolidierung in den anderen Ländern und den Abschluß der Weltwirtschaftskonferenz abwarten. Zur Frage der Subventionen erklärt der Minister, daß die Gesamtsumme der Darlehen 36,5, die der Garantien 119 und die der Reichsbürgschaften 369 Millionen einschl. der Russengarantie betrage, also verhältnismäßig wenig gegenüber den Leistungen anderer Länder. Für das Zündholzgesetz hätten die Demokraten selbst durch ihre Interpellation den Stein ins Rollen gebracht. Für diese Regelung habe sich auch der Reichswirtschaftsrat erklärt, dessen Berichterstatter in dieser Frage der demokratische Chefredakteur Bernhard war. (Hört, hört und Heiterkeit.) Die Handwerksordnung sei den Ländern zur Stellungnahme zugegangen. Die Frage der Verkaufsstände auf den Bahnhöfen werde beim Arbeitsschutzgesetz zu prüfen sein. Den Ländern sei nahegelegt, gegen jeden unzulässigen Warenverkauf einzuschreiten. Der Minister stellt fest, daß die kleinen und mittleren Betriebe durch die großen Zusammenschlüsse durchaus nicht erdrückt worden seien. Es habe sich gezeigt, daß neben diesen Zusammenschlüssen auch das Handwerk unentbehrlich ist und lebensfähig bleiben kann. Unser Bestreben müsse immer dahin gehen, das ganze Volk mit dem Gedanken zu durchdringen, daß Wirtschaft nicht Selbstzweck ist, sondern, daß es darauf ankommt, durch unsere Wirtschaft zu einer höheren Kultur im ganzen deutschen Volke zu kommen. (Beifall bei den Regierungsparteien.)

Abg. **Leibl** (Bayr. Volksp.) betont, daß kein Stand durch die Inflation so hart mitgenommen worden sei, wie das Handwerk. Der Mittelstand im Gewerbe und Handwerk sei es, der die Arbeiterschaft durch die Arbeitslosigkeit hindurchschleuse.

Abg. **Bartschat** (Dem.) erklärt, daß alle Behörden nach wie vor der Privatwirtschaft Konkurrenz machen. Der Redner bezeichnet die Erklärungen des Ministers über den Handel auf den Bahnhöfen als durchaus unbefriedigend.

Abg. **Mollath** (Wirtsch. Vereinig.) erwidert dem Abg. Leibl, daß mit bloßem Schimpfen auf die „Sau-Regierung" keine Mittelstandspolitik gemacht werden könne. In Sachsen habe die Wirtschaftspartei in der Regierung bewiesen, daß sie sehr wohl die berechtigten Interessen aller Schichten zu vertreten im Stande sei.

Staatssekretär **Trendelenburg** erklärt auf eine Anfrage, daß die Vorarbeiten für die Aufhebung der Verordnungen über die Abgabe elektrischer Kraft usw. noch nicht abgeschlossen seien. Im Laufe der nächsten Woche sei die Aufhebung aber zu erwarten, natürlich mit einer gewissen Uebergangsfrist.

Abg. **Creutzburg** (Kom.) erklärt, daß durch das Zündholzgesetz jede Konkurrenz unmöglich und der Preiserhöhung Tür und Tor geöffnet werde. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Einzelaussprache fordert

Abg. **Simon** (Soz.) Verbesserung der Erntestatistiken und der Lohnstatistiken.

Abg. **Sinn** (Zentr.) äußert grundsätzliche schwere Bedenken gegen das Zündholzgesetz, deren Abstellung im Ausschuß versucht werden müsse. Mit Sorge verfolge der Einzelhandel die künftige Entwickelung der großkapitalistischen Mammutbetriebe im Einzelhandel.

Abg. **Koenen** (Kom.) fordert Wiederholung der Betriebs- und Berufszählung, da die erste längst kein klares Bild mehr gebe. Er fordert ferner eine laufende Erwerbslosenstatistik.

Abg. **Husemann** (Soz.) wünscht zuverlässige Unterlagen für die Rentabilität des Bergbaues. Die Kohlengemeinschaft müsse ausgebaut werden.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) verlangt Förderung der hauswirtschaftlichen Fragen durch das Ministerium.

Abg. **Limbertz** (Soz.) begründet eine Entschließung seiner Fraktion zur Abänderung der Vorschriften über die Durchführung des Gesetzes zur Regelung der Kalirwirtschaft.

Abg. **Albrecht** (D. V.P.) erklärt, die Staatsindustrie sei ein Musterbeispiel dafür, daß Staat und Behörden sich entschließen sollten, in die Wirtschaft einzugreifen. Der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums ist erledigt. Dem Antrag des Ausschusses entsprechend werden 750 000 Mark zur Förderung des deutschen Außenhandels, insbesondere zur Zinsverbilligung der Darlehen für deutsche Exporteure gestrichen. Die mit der Beratung verbundenen Anträge werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen, ebenso der Gesetzentwurf für das Zündholzmonopol.

Das Haus vertagt sich auf **Mittwoch, 1 Uhr. Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft.**

Generaldebatte über die Reichsbahn.

★ **Berlin**, 15. März. (Funkspruch.) Nach der Beratung der Verkehrsfragen im Haushaltsausschuß des Reichstags folgte eine Generaldebatte über die Reichseisenbahn, in der zunächst ein sozialdemokratischer Redner seine Unzufriedenheit mit der Politik der Hauptverwaltung der Reichsbahn, besonders in Personalfragen, aussprach. Abgeordneter Wieland (Dem.) erbat hierauf vom Minister Auskunft, wie es mit der Vorlage der Denkschrift über die Umgestaltung des Reichsverkehrsministeriums zu einem technischen Ministerium stehe, die der Reichstag schon beim Etat 1925 einstimmig verlangt habe. Weiter bat der Redner um Aufschluß, wie es sich mit der Elektrifizierung der Eisenbahn verhalte und welche Stellung der Minister zu der Tarifpolitik der Eisenbahn einnehme. Nachdem dann von dem volksparteilichen Redner eine Anzahl von Beschwerden im Zusammenhang mit dem Bahnhofsgewerbe und der Mitropa vorgebracht worden war, wurde von Zentrumsseite begrüßt, daß sich das Verhältnis zwischen Reichsbahn und Reichsverkehrsministerium gebessert habe. Der Zentrumsredner beklagte dann, daß der Dawesplan für die Reichseisenbahn eine außerordentlich schwere finanzielle Belastung darstelle. Die Tarifpolitik der Eisenbahn müsse grundlegend geändert werden, insbesondere müsse mehr Rücksicht auf einzelne Gebiete, wie Süddeutschland, den Osten und Westen des Reiches genommen werden. Bei der Vergebung der öffentlichen Aufträge des Eisenbahnzentralamts würden vielfach Klagen über Monopolisierung einzelner Firmen geäußert. Süddeutschland müsse bei der Vergebung der Arbeiten besser bedacht werden. Der Redner bemängelte dann, daß sich in den Auslagen der Bahnhofsbuchhandlungen trotz des Schutz- und Schmutzgesetzes eine deutliche Schundliteratur breit mache. Ein zweiter demokratischer Redner wies darauf auf die künftige wirtschaftliche und betriebliche Lage der Deutschen Reichsbahn hin und bat, angesichts dieser Sachlage um Herabsetzung der Höchstdienstschichten und Anwendung der Urlaubszeit der Reichsbeamten auf die Reichsbahnbeamten. An den Reichsverkehrsminister richtete er die Bitte, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß das Reichsbahnpersonal eine angemessene Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft erhalte. Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch.

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit.

Berlin, 15. März. (Funkspruch.) Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hielt heute in Berlin eine zahlreich besuchte Tagung ab. In seiner Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende, Dr. Ing. von Siemens, darauf hin, daß man auf der ersten Tagung Richtlinien und Programme für die Arbeiten aufgestellt habe. Die heutige Tagung solle zeigen, wie weit die Rationalisierung auf einigen ausgewählten Gebieten der Praxis Boden gewonnen habe, welche besonderen Verhältnisse sie beeinflusse und welche Forderungen für die Zukunft zu stellen seien. Das geschäftsführende Vorstandsmitglied Hinnenthal erstattete dann den Jahresbericht, worauf eine Reihe von Referaten einen Ueberblick über die bisher geleistete Arbeit gaben.

Dr. Paul Nathan †.

* **Berlin**, 15. März. (Funkspruch.) Dr. Paul Nathan, das langjährige Vorstandsmitglied des „Zentralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" ist heute morgen kurz vor Vollendung seines 70. Lebensjahres an einem Schlaganfall gestorben.

Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Inseratenteil.)

Mittwoch, den 16. März.

Landestheater: Wie es Euch gefällt, 7½—10½ Uhr.
Badische Lichtspiele — Konzerthaus: Lützows wilde verwegene Jagd, 4 und 8 Uhr.
Mazdaznan-Vereinigung: Vortrag „Gesundheit und Erfolg" im Handelskammersaal, 8 Uhr.
Vier Jahreszeiten: Bahai-Vortrag: Das Geheimnis der Menschenseele, deren wahre Erlösung und ihr Fortleben nach dem Tod.
Hausfrauenbund: Tee-Mittag mit Vortrag im Schlößle, Ritterstr. 7, 8 Uhr.
Kolosseum: Gastspiel Cello de Rheidt, 8 Uhr.
Kaffee Tannhäuser: Frühlingsfest.
Kaffee Odeon, Kaffee Museum: Philharmonische Konzerte (Jazz-Einlagen), ½9 Uhr.
Kantgesellschaft: Vortrag Dir. Dr. K. Ott: „J. St. Mill" in der Goetheschule, 8 Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Im weißen Rößl. — „Er" als Feuerwehrmann. — Ins Wunderland von Zermatt.
Parkschlößle Durlach: Gesellschaftstag mit Tanz, 4 und 8 Uhr.
Heilsarmee: Heilsarmee-Trauung, abends 8 Uhr (Adlerstraße 33).
Jüdischer Jugendbund: Vortrag von Stadtrabbiner Dr. Schiff in der Loge, 8½ Uhr.
Kaffee Bauer: Großes Sonder-Konzert, ½9 Uhr.
Kaffee Grüner Baum: Tanz, 4 Uhr.
Mozart-Künstlerspiele: Vollständig neues Programm.

Briefe von Malern und Bildhauern.

Bekenntnisse alter und neuer Zeit.

Die schönsten Künstlerbriefe, die je ein Maler schrieb, hat Vincent van Gogh an seinen Bruder gerichtet. (Die Briefsammlung bei Cassirer ist leider seit Jahren vergriffen, eine Neuauflage wäre zu begrüßen.) Sie sind nicht nur Zeugnisse eines wundervollen Menschen, nicht nur kunstästhetische Bemerkungen, sondern eine Mallehre, eine weise Anleitung zum Handwerklichen, die jeder Junge zu lesen hätte, ehe er es wagte, den Pinsel in die Hand zu nehmen.

Im Propyläenverlag hat Paul Westheim einen Band „Künstlerbekenntnisse" veröffentlicht, aus denen wir die Kunstanschauungen zeitgenössischer Maler erkennen. Der Streit um die Theorien, so alt als menschlich, geht in diesem Sammelwerk mit Eifer in unserer Lebensnähe vor. Das oft zitierte Wort Goethes: „Bilde, Künstler, rede nicht!" hat natürlich immer recht — dennoch ist es höchst fesselnd und wichtig, Künstler reden zu hören, die gebildet haben. Wir können aus unserm geistigen Erleben diesen Streit um die Theorien nicht wegdenken, wenn sie auch bei der Bewertung des Kunstwerks unwesentlich sind. Es ist gleichgültig, wie einer malt, wenn er nur auch richtig malen kann.

Nicht alle Maler wußten die Feder so gut zu handhaben wie den Pinsel. Manche, und nicht die geringsten, haben geschwiegen und es den Philosophen und Schriftstellern überlassen, Kunstästhetik zu treiben. Es ist nicht ohne Reiz, daran zu denken, daß große Meister wie Hans Holbein, Mathias Grünewald, der Delfter Vermeer und viele andere keinerlei schriftliche Aufzeichnungen hinterlassen haben, aus denen wir einen Aufschluß über ihr künstlerisches Wollen gewinnen können. Gerade heute, da vielfach der Kunst der Vorwurf gemacht wird, sie gestalte nicht die Probleme der Zeit, ist es gut, ein neues Buch zu haben: „Künstlerbriefe", Bekenntnisse aus fünf Jahrhunderten, das in vielfältigen Dokumenten Entscheidendes über die Freiheit des künstlerischen Schaffens aussagt. Denn der Wetterhahn der Kunstästhetik ist leider jedem Zeitwind — und Lüftchen ausgeliefert. Man höre lieber die Meister!

Heine schrieb: „Der große Irrtum besteht darin, daß der Kritiker die Frage aufwirft: Was soll der Künstler? Viel wichtiger wäre die Frage: Was will der Künstler? Jedes neue Kunstgenie muß nach seiner eigenen mitgebrachten Aesthetik betrachtet werden."

In der von Uhde-Bernays im Verlag Wolfgang Jeß in Dresden mit vielem Fleiß zusammengetragenen Briefsammlung aus fünf Jahrhunderten ist zu lesen, was wichtiger ist, das „Sollen" oder das „Wollen". Von Alberti (1436) über Dürer bis van Gogh, Picasso und Kubin reihen sich mehrere Hunderte von briefeschreibenden Malern und Bildhauern aneinander — und es wäre zum Kuckuck, wenn diese Männer weniger Recht haben sollten vor dem Richterstuhl der Ewigkeit als alles kritische Gerede des Tages.

Ein schöner Dünndruckband in Taschenformat, bei Hegner in Hellerau gedruckt, fast tausend Seiten stark, mit Lichtdrucken (60 Selbstbildnissen) und den mit größter Schwierigkeit herbeigebrachten Künstlerunterschriften. (Ein Studienmaterial für Graphologen von großem Wert!) Brieftexte, Selbstbildnisse und Unterschriften geben eine aufschlußreiche Dreiheit und eines sagt und bestätigt doch nur das andere.

Viele Köpfe, viele Sinne — aber eine Leidenschaft: die Tat, die einziggeliebte Kunst.

An diesen dreihundertfünfzig Briefen erkennt man die Wandlungen und den Geist der Zeiten, der künstlerischen Anschauungen und Theorien in einer durchsichtigen Helligkeit, so daß vor dem inneren Blick manches Geheimnis in magischer Beleuchtung sichtbar wird, so wie Philipp Otto Runge an Daniel schrieb: „Wir sehen in den Kunstwerken aller Zeiten es am deutlichsten, wie das Menschengeschlecht sich verändert hat, wie niemals dieselbe Zeit wiedergekommen ist, die einmal da war!"

Zwischen den Zeilen steht aber auch eine sehr eindringliche Kulturgeschichte, die die soziale Stellung des Künstlers und seine Zeitgeltung spiegelt. Der Ton der Briefe an hochgestellte Gönner, etwa der des Vittoro Carpaccio an den Markgrafen von Mantua von 1511: „Sollte es Eurer Herrlichkeit noch gefallen, daß das Bild mit Farben ausgeführt werde, so beliebe es Ihr zu befehlen; ich werde es mit allem Eifer ausführen. Vom Preise rede ich nicht; ich stelle ihn Eurer Herrlichkeit anheim . . ." ist sehr verschieden von dem der Briefschaften neuerer Zeit, von der schnippischen und sarkastischen Art Whistlers, über den unzählige Anekdoten gehen, vom Stolz Courbets, der Entschiedenheit Slevogts gegen Kleingeisterei, der Würde Rousseaus.

Die Gegenwart ist den Künsten nicht zugetan, aber wie erging es Dürer, der zwei Jahre hindurch Briefe um die Bezahlung eines Bildes schrieb, von dem er versichert, er habe „25 fl. ultramarin darein vermalt". Und Michelangelo mußte sich einst sagen lassen, er sei ein Gauner. Wie schimpflich haben ihn seine Auftraggeber behandelt!

In dem Chor dieser Briefe tönt immer wieder sein Name auf neben Raffael. Rodin nennt in einem der hier zum erstenmal mitgeteilten Briefe an Helene Nostiz Michelangelo (und Beethoven) „Wohltäter der Menschheit", und Franz Marc spricht von ihm im Zusammenhang mit Hölderlin, Beethoven und Cézanne: „der Adler kann keine Spatzen anführen — er fliegt ihnen mit drei Flügelschlägen davon."

Dieses Buch ist unendlich rührend, begeisternd und beispielgebend; für die Kenntnis der Kunstleistungen ebenso wichtig und aufschlußreich wie für die Erkenntnis des künstlerischen Wesens. Das Leben als Aufgabe wird nicht schöner umschrieben als in Rousseaus Briefen, in denen er sagt: „Aus Liebe zu Gott und zum Danke für das Leben, das er uns geschenkt hat, wollen wir danach trachten, daß in unseren Werken die Offenbarung des Lebens der erste unserer Gedanken ist . . ." Und er schließt einen anderen: „Wieviel Worte, du lieber Gott, um so wenig zu sagen, daß man in der Kunst mehr bieder und aufrichtig als schlau und durchtrieben sein muß. Aber die Zeit gehört den Arglistigen und wir sprechen nur für die Stummen und Tauben."

Gilt dies nicht auch für heute? —ck.

Aus Beethovens Haushaltungsbüchern. Die alltäglichsten Dokumente aus dem Leben Beethovens machen dadurch einen so erschütternden Eindruck, daß sich hier der Zusammenstoß des Künstlers mit der harten Wirklichkeit so schroff vollzieht wie sonst wohl kaum je. Dies zeigt sich auch in zwei Schriftstücken, die demnächst auf der Autographen-Versteigerung von Karl Ernst Henrici zu Berlin ausgeboten und in dem soeben erschienenen Katalog behandelt werden. Da ist zunächst ein Tagebuchblatt des Meisters über seine Erlebnisse und Haushaltung vom 11. März bis 22. April 1826. Die flüchtig hingeworfenen Aufzeichnungen gewähren einen Einblick in die Widerwärtigkeiten, deren der Künstler in seinem Haushalt nicht Herr werden konnte. Da finden sich neben Hinweisen auf die 9. Symphonie und die Galitzin-Quartette Streitigkeiten mit dem Dienstboten, Uneinigkeiten über einige Kreuzer oder wenige Gulden usw. Ein Bild von diesen Aufzeichnungen gewährt die folgende Probe: „Am 12. März die neue Haushälterin eingetreten. — 6 Krüge Selterswasser im Keller. — Am 17. März die Schwester eingetreten. — Am 16. März abends 5 Kreuzer gegeben. — Am 13. April die neue Haushälterin samt Küchenmädchen eingetreten. — Am 23. März Gründonnerstag. Beide Dienstboten mit 14 Tagen entlassen. — Am Mittwoch, den 5. April, das Unglück usw." Das andere Dokument stammt aus dem berühmten Küchenbuche Beethovens. Es ist ein Blatt, auf dem die Köchin in ungeheuerlicher, humoristisch wirkender Orthographie ihre Auslagen aufschreibt. Beethoven, der die betrügerischen Neigungen der Köchinnen kannte, addierte die mehr als 100 Eintragungen mit eigener Hand zusammen und schreibt als vorsorglicher Hausvater Bemerkungen dazu wie: „Gegeben 34 Kreuzer". 2. Rechnung 19 Gulden 42, geg. 7,52, bleibt 12,32" (was unrichtig subtrahiert ist). „Rechnung 16.42, bezahlt" — „Kommen heraus 8.18" usw.

Voranzeige des Badischen Landestheaters. Für die „Volksbühne" geht am Mittwoch, den 16. März, Shakespeares Lustspiel „Wie es euch gefällt" in Szene. — Das Schauspiel „Bonaparte" von Fritz von Unruh gelangt am Donnerstag, den 17. März, zur ersten Wiederholung. „Die Welt, in der man sich langweilt" von Edmund Pailleron, eines der besten Werke der französischen Lustspielliteratur, das auch jüngst wieder in den Spielplan aufgenommen wurde, kommt am Samstag den 19. März neueinstudiert nach 21 Jahren zur Wiederaufführung. Für die Rolle der Herzogin ist Rosa Bertens zu einmaligem Gastspiel gewonnen und damit Gelegenheit gegeben, die gefeierte Künstlerin in einer ihrer glänzendsten Charakterdarstellungen zu sehen. — Am selben Tage geht als Volksschulvorstellung Schillers „Verschwörung des Fiesco zu Genua" in Szene (Beginn 3 Uhr). — Im Konzerthaus wird am Sonntag, den 20. März der ausgelassene Schwank „Stöpsel" wiederholt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Die Trennung von Staat und Kirche.

Grundsätzliche Auseinandersetzungen zwischen Zentrum und Sozialdemokratie im Verfassungsausschuß des Badischen Landtags bei der Beratung des Kirchenvermögensgesetzes.

Annahme in erster Lesung.

Der Verfassungsausschuß des Badischen Landtags hat, wie gemeldet, am Montag die Beratung des Entwurfes über ein Kirchenvermögensgesetz begonnen und ist noch in der ersten Sitzung mit der allgemeinen Beratung zu Ende gekommen.

In der Einzelberatung

beanstandete zunächst ein Redner der Bürgerlichen Vereinigung das Wort „berechtigt" in

§ 1

und erklärte, daß seine Fraktion sich vorbehalte, einen Antrag einzubringen, nach dem die Religionsgesellschaften verpflichtet sein sollen, ihr Vermögen selbst zu verwalten. Ein Antrag des kommunistischen Vertreters zu § 1 hat folgenden Wortlaut: „Die Trennung von Staat und Kirche wird durchgeführt." Er wurde gegen die Stimme des Kommunisten von allen übrigen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die sich der Stimme enthielt, abgelehnt. Ein weiterer kommunistischer Antrag will die Religionsgesellschaften verpflichten, ihre Vermögensverwaltungen selbst zu übernehmen. Der Antrag wurde gegen die Stimme des Antragstellers von den übrigen Parteien bei Stimmenthaltung der Bürgerlichen Vereinigung abgelehnt. Ein Zentrumsredner hatte Bedenken gegen die Fassung der Satzung, wonach angegeben werden soll, wie das Vermögen angelegt würde. Der Minister betonte, es müsse nichts derartiges in der Satzung stehen, es bliebe dies dem Ermessen der Religionsgesellschaften überlassen. In der weiteren Beratung regte ein Zentrumsredner unter Widerspruch des Ministers an, die §§ 2—10 des Gesetzes zu streichen. Ein Redner der Sozialdemokratie warf die Frage auf, ob die Kirchen nicht wie die Körperschaften des öffentlichen Rechts behandelt werden sollen, worauf der Minister erwiderte: Die Kirchen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts von besonderer Art, können also nicht in eine Reihe mit den übrigen gestellt werden.

§ 2

des Gesetzentwurfs bestimmt, daß die Satzungen den allgemeinen Anforderungen an eine geordnete Vermögensverwaltung entsprechend auf die steuerpflichtigen Gebühren Rücksicht nimmt und mit Reichs- und Landesrecht nicht in Widerspruch steht. Ein Zentrumsredner fragte, was die Regierung unter den allgemeinen Anforderungen einer geordneten Vermögensverwaltung verstehe. Es würde doch genügen, wenn gesagt würde, daß die Satzung dem Reichs- und Landesrecht im Sinne des Artikels 137 der Reichsverfassung nicht widerspreche. Hierauf wurde beschlossen, die Abstimmung über den § 2 und die folgenden bis zu § 8 auszusetzen, da zuerst Klarheit darüber bestehen müsse, ob die Bestimmungen, wie sie im Gesetzentwurf enthalten sind, Annahme finden werden.

§§ 3, 4 und 5

wurden ohne längere Aussprache angenommen. Eine längere Auseinandersetzung knüpfte sich wieder an den Absatz 1 des

§ 6,

der vorsieht, daß das Ministerium Gesetzwidrigkeiten bei der Verwaltung des Vermögens der Religionsgesellschaften beanstanden kann, wenn nicht den durch die Gesetzwidrigkeiten Verletzten der Rechtsweg oder die Klage beim Verwaltungsgerichtshof offen steht. Ein Zentrumsabgeordneter beanstandete den Ausdruck „Gesetzwidrigkeit" und schlug vor, dafür zu setzen „Verstöße gegen ein für alle geltendes Gesetz im Sinne des Artikels 137 Absatz 3 der Reichsverfassung". Ein Regierungsvertreter sagte Prüfung zu. Auf eine Frage von demokratischer Seite, was unter Unterorganisationen zu verstehen sei, wurde vom Minister auf die Ausführungen in der Begründung des Gesetzentwurfes hingewiesen.

Der Absatz 2 des § 6 bestimmt: Verstöße, gegen Vorschriften, welche gemäß § 2 Satz 1 des Gesetzes mit Rücksicht auf die allgemeinen Anforderungen an eine geordnete Vermögensverwaltung oder mit Rücksicht auf die Steuerpflichtigen in die Satzung aufgenommen worden sind, stehen den Gesetzwidrigkeiten im Sinne des Absatz 1 gleich. Das Zentrum beantragte, diesen Passus fallen zu lassen, da der Begriff „geordnete Vermögensverwaltung" nicht klar sei. In der weiteren Aussprache kam es zu

grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des Zentrums und der Sozialdemokratie über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche.

Der sozialdemokratische Vertreter betonte, es gäbe grundsätzlich zwei Wege: 1. Die Trennung von Staat und Kirche wird durchgeführt, dann aber auch keine Einflußnahme des Staates mehr und Abbau der Leistungen des Staates oder 2. wenn die Kirche vom Staat Gelder bezieht, so muß dem Staat auch ein gewisses Aufsichtsrecht eingeräumt werden. Entscheidend für die Stellung der Sozialdemokratie zum Gesetzentwurf sei die Frage, welche Stellung der Landtag zur Trennung von Staat und Kirche einnehme.

Von Zentrumsseite wurde betont, daß man nichts gegen die Aufrollung der ganzen Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche einzuwenden hätte. Von ministerieller Seite wurde ausgeführt, daß es nicht von so großer einschneidender Bedeutung sei, ob im Gesetz die Anforderung an eine geordnete Vermögensverwaltung stehe oder nicht. Die Kirche hätte eine eigene Steuergesetzgebung. Der Staat müßte sich darum kümmern, daß nicht nur die Steuermittel richtig verwendet würden, sondern ob überhaupt richtig gewirtschaftet werde. Wenn der Abschnitt hier herausgenommen würde, so würde die Kontrolle auf dem Weg über die Kirchensteuergesetzgebung geschehen.

Ein kommunistischer Redner sprach sich für Beibehaltung des Abschnittes 2 aus, ebenso unter gewissen Voraussetzungen die Vertreter der Deutschen Volkspartei und der Bürgerlichen Vereinigung. Auch der demokratische Abgeordnete betonte, daß das Herausstreichen des Abschnittes tatsächlich nichts nützen würde. Eine Abstimmung über die Streichung des Abschnittes fand nicht statt. Vom Zentrum wurde ein Antrag über die Abänderung des Abschnittes 3 des § 6 angekündigt.

Schließlich wurde § 6 Abs. 1 mit Mehrheit angenommen, und zwar unter Zustimmung zu der vom Zentrum beantragten Aenderung. Zum

§ 7

verlangte das Zentrum eine Revision des Stiftungsgesetzes. Die Beschränkung, ohne Staatsgenehmigung keine Stiftung über 5000 Mark annehmen zu dürfen, sei heute unhaltbar. Ein Abänderungsantrag der gleichen Partei zu

§ 9,

der feststellt, daß Aenderungen der Satzungen nur von der Kirche und nicht etwa vom Staate ausgehen können, wurde mit Mehrheit angenommen.

Das ganze Gesetz fand in der ersten Lesung Annahme mit 6 Stimmen (5 Zentrum und 1 Demokrat). Dagegen stimmte ein Kommunist, während sich 6 Ausschußmitglieder (3 Sozialdemokraten, 1 Volksparteiler und 2 Bürgerl. Vgg.) der Stimme enthielten.

Die Fraktionen werden nun am Donnerstag nochmals zu dem Gesetz Stellung nehmen. Am Freitag soll im Verfassungsausschuß die zweite Lesung folgen.

Nachrichten aus dem Lande.

= **Pforzheim, 15. März. (Gläubiger- und Sparerbund.)** Am Sonntag hielt hier der Gläubiger- und Sparerbund für Pforzheim und Umgebung seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Versammlung faßte in der Aufwertungsfrage zwei Entschließungen. In der an die Reichsregierung gerichteten Entschließung wird u. a. gesagt: „Durch die im Anschluß an den Krieg bewußt ins Werk gesetzte Inflation und die Schaffung der sogenannten Aufwertungsgesetze — Ausnahmegesetze, die sich weder mit der Rechtsordnung noch mit den Geboten der Sittlichkeit in Einklang bringen lassen — sind die Besten des deutschen Volkes verfassungswidrig enteignet, zum großen Teil sogar wirtschaftlich vollständig zu Grunde gerichtet worden, während sich gewisse Volkskreise unerhört bereicherten. Die Versammlung fordert mit aller Entschiedenheit die Beseitigung dieser fluchwürdigen Gesetze und eine umfassende Wiedergutmachung des an den Sparern und Gläubigern, Witwen, Mündeln und Waisen begangenen schweren Unrechts. Insbesondere verlangt sie zu diesem Zweck, daß der neuerdings bei der Reichsregierung eingereichte Gesetzentwurf der Reichsarbeitsgemeinschaft der Aufwertungs-, Geschädigten- und Mieterorganisationen zur Wiederherstellung des Volksvermögens zum Volksbegehren zugelassen und damit ein verfassungsmäßiges Recht des souveränen deutschen Volkes auch tatsächlich zur Ausübung freigegeben wird."

Bruchsal, 15. März. (Badische Beamtenbank.) Gestern nachmittag fand hier eine eindrucksvolle Versammlung der Badischen Beamtenbank statt, an der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte in großer Zahl teilnahmen. Nachdem die bisherigen Vertreter wieder gewählt waren, nahm Postinspektor Mayer-Karlsruhe das Wort zu einer eingehenden Darlegung der Verhältnisse in der Beamtenbank. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Oestringen, 15. März. (Einweihung der Schießhalle.) Die Schützengilde hielt ihre Generalversammlung ab, in der u. a. auf 15. Mai die Einweihung der im Bau befindlichen Schießhalle beschlossen wurde. Ein Klassen- und Mannschafts-Preisschießen soll mit der Einweihung verbunden werden.

:=: **Rußheim, 16. März. (Ein 80-jähriger.)** Morgen feiert der überall bekannte und beliebte „Alt-Ritterwirt" seinen achtzigsten Geburtstag. Noch in voller Rüstigkeit liest er täglich die Zeitung ohne Brille. Herr Wilhelm Friedrich Hager ist Veteran von 1870/71 und hat den Feldzug als Unteroffizier beim Inf.-Reg. 111 (Rastatt) mitgemacht. Schwer verwundet kehrte er mit Kriegsauszeichnungen nach Hause zurück. Eine kleine Familienfeier wird morgen seine Angehörigen im „Ritter" vereinigen.

= **Ostersheim (Schwetzingen), 15. März. Der Ueberfall** auf den Gemeinderat Nickler stellt sich als schwerer heraus, als anfangs angenommen wurde. Nickler befand sich in Begleitung von zwei anderen Ostersheimern von Plankstadt aus auf dem Heimweg. Unterwegs begegneten sie zwei Plankstädtern. Auf noch nicht aufgeklärte Weise kam es ganz plötzlich zu einer Rauferei. Als Haupttäter, der dem Gemeinderat Nickler die Messerstiche beibrachte, wurde der 22 Jahre alte Georg Tropf aus Plankstadt ermittelt und festgenommen.

= **Eberbach, 15. März. (700-Jahrfeier der Stadt Eberbach.)** Der Zeitpunkt für das 700-jährige Jubiläum Eberbachs als Stadt ist nun von der Stadtverwaltung festgelegt worden. Das Fest wird in der Zeit vom 10.—17. Juli stattfinden. Am 1. Sonntag wird ein historischer Festzug veranstaltet, während der zweite Sonntag ein Turn- und Sporttag aller hiesigen Leibesübung treibenden Vereine werden wird. Die dazwischen liegenden Tage bringen den Heimattag und mehrere unterhaltende Veranstaltungen.

= **Lauda, 15. März. (Winzerversammlung.)** Am Sonntag fand hier eine allgemeine Winzerversammlung des Badischen Weinbauverbandes statt, die von über 250 Teilnehmern besucht war. In der Versammlung sprach der Präsident des Deutschen Weinbauverbandes, Oekonomierat Dr. Müller-Karlsruhe, über Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen im Weinbau. Hierauf berichtete der Geschäftsführer des Badischen Weinbauverbandes, Landwirtschaftsrat Faber-Karlsruhe, über die Notwendigkeit der Wiederbelebung des Weinbaues im badischen Frankenlande und den erforderlichen Zusammenschluß der Winzer zur Wahrung und Förderung ihrer wirtschaftlichen Interessen. Der auf Grund einer vor kurzem stattgefundenen Vorversammlung gefaßte Entschluß, einen Weinbauverein für das badische Frankenland zu gründen, wurde einstimmig gebilligt. Zum Vorsitzenden wurde Bürgermeister Rückert in Beckstein und zu seinem Stellvertreter Landtagsabg. Hertle in Sachsenflur gewählt. Nach Annahme der Satzung wurde ferner beschlossen, in allen Rebgemeinden des badischen Frankenlandes Ortsgruppen des Weinbauvereins zu gründen.

= **Renchen, 15. März. (Ablehnung des Voranschlags.)** Der Bürgerausschuß lehnte in seiner letzten Sitzung den Voranschlag 1926/27 hauptsächlich wegen des hohen Aufwandes für die Gemeindebeamten mit 38 gegen 10 Stimmen ab. Dafür stimmten nur der Gemeinderat, außer den beiden Kommunisten, und 4 Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung. Der Voranschlag sah einen Umlagefuß von 75 Pfennig, mit Kreisumlage von 80 Pfennig gegen bisher 57 Pfennig vor.

= **Kippenheim bei Lahr, 15. März. (Radfahrerunfall.)** Auf der Landstraße zwischen Kippenheim und Altdorf brach zwei hiesigen jungen Burschen, die auf einem Rad Platz genommen hatten, auf der Landstraße die Gabel des Vorderrades, wobei beide so unglücklich stürzten, daß sie einige Zeit bewußtlos liegen blieben. Der eine erlitt schwere Verletzungen im Gesicht, während der andere mit geringen Hautabschürfungen davonkam.

△ **Ottenheim (Amt Lahr), 14. März. (Maul- und Klauenseuche.)** Wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche wurde die Gemeinde als Sperrbezirk erklärt. In den 15 Kilometer-Umkreis fallen folgende Gemeinden: Allmannsweier, Meißenheim, Ichenheim, Dundenheim, Schutterzell, Kürzell, Schuttern, Hugsweier, Oberschopfheim, Friesenheim, Heiligenzell, Oberweier, Dinglingen, Lahr, Kuhbach, Reichenbach, Sulz, Mietersheim, Langenwinkel, Nonnenweier, Wittenweier, Kappel, Rust, Grafenhausen, Mahlberg, Kippenheim und Kippenheimweiler.

= **Dinglingen, 15. März. (Goldene Hochzeit.)** Das Ehepaar Friedrich Siefert in Dinglingen feierte heute seine goldene Hochzeit.

= **Freiburg, 15. März. (Todesfall.)** Im Alter von 80 Jahren starb nach kurzer Krankheit die langjährige Leiterin des Stiftungs-Altersheims Kartaus, die Klosterfrau Maria Josepha. Im Alter von 18 Jahren wurde sie bereits im Freiburger Mutterhaus eingekleidet und erhielt ihre erste berufliche Ausbildung im Heiliggeistspital in den Jahren 1865 bis 1870. 1884 wurde sie Oberin des Krankenhauses in Baden-Baden, 1891 Oberin des Freiburger Heiliggeistspitals und im Jahre 1896 wirkte sie als Assistentin der Frau Mutter in der Verwaltung und Leitung der Dienstgeschäfte des Mutterhauses Freiburg. 1897 wurde ihr dann die Leitung der Kartaus übertragen.

= **Kandern, 14. März. (Einbruchsdiebstahl.)** Der 29jährige Otto Bahler aus Stuttgart, der bei einer Kanderner Firma als Melker und Knecht beschäftigt ist, drang am Sonntag nachmittag in die Büroräume seines Arbeitgebers ein, entnahm dort einem Schreibpult die Geldschrankschlüssel und stahl dann 640 Schweizer Franken und 50 M. Der Tätig ist flüchtig.

:=: **Buggingen, 15. März. (Erstellung eines Turmes.)** Das Kaliwerk Buggingen beabsichtigt am Wege nach Grißheim einen großen eisernen Turm in einer Höhe von 80 Metern zu erstellen. Der Turm soll als Wendepunkt für die Haldenbahn dienen, die hoch in der Luft das Abfallmaterial fortführt. Man hofft mit der Errichtung des Turmes noch in diesem Jahre fertig zu werden.

= **Ibach (Amt Waldshut), 15. März. (Bürgermeisterwahl.)** Am Sonntag wurde der bisherige kommissarisch eingesetzte Bürgermeister Albert Kaiser mit 108 von 115 abgegebenen Stimmen zum Ortsoberhaupt gewählt.

= **Grunholz bei Waldshut, 15. März. (Straßenbau.)** Mit dem Ausbau der Straße von Grunholz nach Kleinlaufenburg ist jetzt begonnen werden. Ueber den Bleielbach wird eine neue Brücke gebaut werden. Auch zwischen Hochsal und Rotzel auf dem Hotzenwald und zwischen dem Winterhof und Oberen Wihl sollen umfangreiche Verbesserungen an den vorhandenen Straßen vorgenommen werden. Die Mittel hierzu sind zum größten Teil bewilligt.

= **Furtwangen, 15. März. (Gasversorgung.)** Wie man hört besteht seitens der Stadt Triberg die Absicht, Furtwangen durch eine Fernleitung mit Gas zu versorgen und zu diesem Zweck Verhandlungen mit der Gemeindeverwaltung in die Wege zu leiten.

= **Rotenbach i. Schw., 14. März. (Todesfall.)** Nach langem, schweren Leiden starb hier Pfarrer Emil Rögele, der hier bei seinem Bruder, dem Pfarrer Karl Rögele, im Ruhestand lebte. Der Verstorbene wurde früh Pfarrverweser und dann Pfarrer in Dingelsdorf, wo er segensreich wirkte, bis vor einigen Jahren sein fortgeschrittenes Leiden ihn zwang, in den Ruhestand zu treten.

△ **Donauschingen, 14. März. (Versammlung.)** In Donaueschingen fand gestern nachmittag eine ungemein stark besuchte Versammlung der Rindviehzucht-Genossenschaft Donaueschingen-Baar statt, die von dem Vorsitzenden, Landrat Wöhrle, geleitet wurde. Anwesend war auch der Präsident der Oberbadischen Zuchtgenossenschaft und Landeskommissar von Konstanz, Geh. Rat Dr. Hartmann. Es wurde eine Reihe von Vorträgen gehalten, u. a. von Veterinärrat Müller, der in eindringlichen Worten Stellung nahm gegen die auch vom Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer unterstützten Bestrebungen, durch Einführung des schwarz-bunten Niederungsviehs den oberbadischen Viehschlag zu zerschlagen. Es wurde einstimmig eine Entschließung gefaßt, die den Vorsitzenden ermächtigt, gegen diese Einführung energisch zu protestieren. Ferner wurde aus der Versammlung heraus angeregt, daß die Finanzämter jene Landwirte, die sich der Aufzucht von Vieh widmen, nicht durch eine besondere Steuer belasten.

m. **Singen, 14. März. (Ortskrankenkasse.)** Nach dem Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1926 betrugen die Gesamteinnahmen 798 945 Mark und die Ausgaben 739 491 Mark, so daß ein Ueberschuß von 59 454 Mark bleibt. Unter den Einnahmen stellen die Beiträge der Kassenpflichtigen mit rund 443 000 Mark 74 Prozent der Gesamteinnahmen dar. Der Beitrag für ein Mitglied beträgt 95.36 Mark. Als Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge sind rund 200 000 Mark ausgewiesen. Unter den Ausgaben betragen die Krankengelder rund 180 000 Mark, das sind 33 Prozent der Gesamtausgaben, die Arztkosten rund 91 000 Mark, somit 17 Prozent, die Heilmittel und Arzneien rund 66 000 Mark, somit 12 Prozent, die Krankenhauspflege 62 000 Mark gleich 11,4 Prozent und die Zahnbehandlung mit 16 000 Mark 9 Prozen. An Wochenbeihilfe wurden etwa 20 000 Mark (4 Prozent) ausgegeben. Der Verwaltungsaufwand war rund 43 000 Mark gleich 8 Prozent. In der Vermögensnachweisung ist ein Vermögen von rund 163 620 Mark ausgewiesen, davon gehören 21 000 auf Grundbesitz, 59 454 Mark Kassenbestand, 45 000 Mark Rücklage bei der Bezirkssparkasse und 13 000 Mark auf Vorräte.

= **Singen a. H., 14. März. (Neues Volksschulhaus.)** Die Ueberlastung der Schulräume, namentlich die des Hauptvolksschulgebäudes, hat dazu geführt, daß man sich mit der Frage des Neubaues eines Volksschulhauses beschäftigt, das in der Südstadt aufgestellt werden soll. Aus diesem Stadtteil kommen allein 400 Kinder zum Schulbesuch. Da die Stadt Singen zur Zeit durch den Neubau des Krankenhauses stark belastet ist, wird die Durchführung des neuen Schulhauses erneut hohe Anforderungen an die Städtischen Finanzen stellen.

= **Wallmatingen, 15. März. (80. Geburtstag.)** Die Gemeinde und deren Vorsteher brachten dem Altersjubilar Dekan Geistlicher Rat Dr. Bauer aus Anlaß seines 80. Geburtstages eine Ovation dar. Bei einem Festakt widmete Bürgermeister Renner dem Jubilar herzliche Worte des Dankes für dessen segensreiches Wirken in der Gemeinde.

= **Meersburg, 14. März. (Neue Landungsstelle.)** Um eine schellere Anwickelung des Schiffsverkehrs zu erreichen, werden die Arbeiten an der dritten Landungsstelle jetzt fortgesetzt. Das letzte Hochwasser hatte eine Unterbrechung der Arbeiten zur Folge gehabt.

= **Konstanz, 14. März. (Die Pfänderbahn.)** Am 20. März wird der österreichische Bundespräsident Hänisch die Pfänderbahn eröffnen.

„Frühling" Baden-Baden Frankfurter Hof

KAISER-BORAX
beim täglichen Gebrauch im Waschwasser gibt jugendfrischen, reinen Teint
Heinrich Mack Nachf., Ulm a. D.

Bad Mergentheim
Die Perle d. württ. Taubertals.
AUSKÜNFTE u. PROSPEKTE DURCH DIE KURVERWALTUNG.
Spezialbad bei Gallensteinen, Leberleiden, Zuckerkrankheit, Fettsucht, Gicht, Magen- und Darmleiden, chronischer Verstopfung usw.
KURANSTALT HOHENLOHE MIT HAUS OLGA — HOTEL KURHAUS MIT PARKHAUS u. WILHELMSBAU — KURANSTALT HAUS FERDINAND.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 16. März 1927.

Die Wertzuwachssteuer.

Wie schon gemeldet, wird in der nächsten Bürgerausschußsitzung den Stadtverordneten ein Antrag über die Erweiterung der am 27. Februar beschlossenen Wertzuwachssteuer vorgelegt. In dieser Sitzung wurde in namentlicher Abstimmung ein Abänderungsantrag angenommen, in dem verlangt wurde, daß eine allgemeine Wertzuwachssteuer eingeführt werden solle, während die Vorlage des Stadtrats nur eine Wertzuwachssteuer für die in der Inflationszeit erworbenen Grundstücke vorsah. Obwohl eine Mehrheit des Stadtrats von vornherein für den Beitritt zu diesem Beschluß vorhanden war, wurde die sofortige Inkraftsetzung doch zunächst noch durch Klarstellung einzelner Fragen in Verhandlungen mit dem Ministerium aufgeschoben. Außerdem bestanden formalrechtliche Bedenken in der Richtung, ob der nachträgliche Beitritt des Stadtrats zu einem Bürgerausschußbeschluß, welcher die ursprüngliche Vorlage des Stadtrats ändert, einen unanfechtbar gültigen Gemeindebeschluß darstellt. Wenn auch überwiegende Gründe diesem Bedenken im vorliegenden Falle entgegenstehen weil über den übereinstimmenden Inhalt der zusammengehörigen Beschlüsse des Stadtrats und Bürgerausschusses wohl Zweifel nicht bestehen können, so müßte doch bei einer Steuerordnung jede Möglichkeit einer Anfechtung dadurch ausgeschlossen werden, daß in der Wahrung der Form auch die strengste Auslegung der gemeinderechtlichen Vorschriften gewahrt wird. Aus diesen im wesentlichen formalen Gründen werde der Antrag auf Einführung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer in Form der beantragten Aenderungen nochmals der Beschlußfassung des Bürgerausschusses unterstellt.

Nach dem Vorschlag des Stadtrats soll die Wertzuwachssteuer betragen:

bei einer Eigentumsdauer bis zu 6 Monaten	50 %
von mehr als 6 Monaten bis zu 1 Jahr . .	40 %
von mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren . . .	30 %
von mehr als 2 Jahren bis zu 3 Jahren . .	25 %
von mehr als 3 Jahren bis zu 4 Jahren . .	20 %
von mehr als 4 Jahren bis zu 5 Jahren . .	15 %

des Wertzuwachses.

Nach der in der Sitzung vom 27. Februar angenommenen Fassung der Bestimmungen, die inzwischen rechtskräftig geworden sind, beträgt die Steuer

bei einer Eigentumsdauer bis zu 3 Jahren	25 %
von mehr als 3 Jahren bis zu 4 Jahren .	20 %
von mehr als 4 Jahren bis zu 5 Jahren .	15 %

des Wertzuwachses.

Bei längerer Eigentumsdauer vermindert sich der Steuersatz für jedes angefangene weitere Jahr der Besitzzeit um 1 %; er beträgt jedoch mindestens 10 %.

Nach dem Antrag des Stadtrats soll die allgemeine Wertzuwachssteuer mit Wirkung vom 1. April an in Kraft treten.

Da man in weiten Kreisen befürchtet, daß durch die Einführung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer der Grundstücksverkehr und die gesamte Wirtschaft starke Hemmungen erleiden würde, ist schon in der letzten Bürgerausschußsitzung diese Ausdehnung der Wertzuwachssteuer auf starken Widerstand gestoßen. Es ist also noch sehr zweifelhaft, ob die neue stadträtliche Vorlage, die einem sozialdemokratischen und kommunistischen Antrag entspricht, in der Sitzung am nächsten Dienstag eine Mehrheit finden wird.

*

△ **Hygiene-Ausstellung in Karlsruhe.** Als erste große Ausstellung dieses Jahres wird in der letzten Märzwoche in der städtischen Ausstellungshalle die Hygiene-Ausstellung „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen" eröffnet. Die Ausstellung wird von dem Hygiene-Museum in Dresden mit Unterstützung der Stadt Karlsruhe veranstaltet. Die Badische Gesellschaft für Sozialhygiene und der Verkehrsverein Karlsruhe e. V. haben sich in den Dienst der Sache gestellt. Die Hauptgruppe der Ausstellung ist die Sammlung „Der Mensch" mit der Sondergruppe „Der durchsichtige Mensch", die auf der „Gesolei" in Düsseldorf und darnach in anderen Städten so großen Erfolg hatte. Die Ausstellung bleibt bis zum 20. April geöffnet. Im Bürgersaale des Rathauses findet in den nächsten Tagen eine Vorbesprechung über die Ausstellung mit den hiesigen Vereinen statt.

Todesfall. Am Sonntag ist hier der langjährige Dampfschiffahrts-Inspektor in Konstanz, Regierungsrat Keim, im hohen Alter von 86 Jahren gestorben. Nach Eintritt in den Ruhestand siedelte er nach Karlsruhe über, wo er die letzten zwanzig Jahre verbrachte. In Walldürn, seiner Heimat, wird seine Beisetzung erfolgen.

— **Seinen 80. Geburtstag** begeht am 18. März der frühere Hofmetzger Karl Glaßner. Derselbe entstammt einer der ältesten Karlsruher Bürgerfamilien; er hat den Feldzug 1870/71 als Leibgrenadier mitgemacht. Nach dem Feldzug wurde er zum Hoflieferant ernannt; er brachte sein Geschäft zu hoher Blüte. Leider waren ihm schwere Schicksalsschläge und bittere Enttäuschungen nicht erspart. Trotz seines hohen Alters erfreut er sich körperlicher und geistiger Frische, und genießt einen friedlichen und glücklichen Lebensabend. Herr Glaßner ist der Schwiegervater des vor einigen Tagen verstorbenen Schlachthofdirektors Bayersdörfer.

)(**Zu den Neuaufnahmen in die höheren Schulen** wird uns noch geschrieben: Die Anmeldungen zu den Mädchenrealschulen müssen für Schüler, die westlich der Westendstraße wohnen, erfolgen in der Lessingschule (M.-Realschule mit M.-Gymnasium); für Schüler, die zwischen Westendstraße und der Linie Kreuzstraße—Wilhelmstraße wohnen, und für auswärtige Schüler in der Fichteschule (M.-Realschule mit M.-Oberrealschule, Sofienstraße 14); für östlich der Kreuzstraße—Wilhelmstraße wohnende Schüler in der Abteilung Karl-Wilhelmschulhaus der Fichteschule (M.-Realschule, am Durlacher-Tor).

Fahrpreisermäßigung von 25 Prozent zum Besuch ausländischer Mustermessen.

Bei Gegenseitigkeit der Auslandsbahnen.

R.D.V. Den deutschen Besuchern ausländischer Messen gewährt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft von jetzt ab versuchsweise eine Fahrpreisermäßigung von 25 v. H. der regelrechten Fahrpreise, wenn die Auslandsbahnen die Gegenseitigkeit verbürgen. Für die tarifarischen Bestimmungen ist folgende Fassung in Aussicht genommen:

Zum Besuche der ausländischen Mustermessen kann den deutschen Ausstellern und Einkäufern auf der Reichsbahn für Hin- und Rückfahrt in der 1., 2. und 3. Klasse (auch in Schnellzügen) eine Ermäßigung von 25 v. H. gewährt werden. Für welche Messen und für welche Zeit die Ermäßigung gewährt wird, gibt im Einzelfalle die Eisenbahnverwaltung bekannt. Für die Hinreise oder für die Rückreise allein wird die Ermäßigung nicht gewährt. Bei Benutzung von FD-Zügen und Luxuszügen sind die tarifmäßigen Zuschläge zu bezahlen.

Als Ausweis ist beim Lösen der Fahrtausweise vorzulegen: eine Bescheinigung der zuständigen deutschen Handelskammer nach dem Vordruck der Eisenbahnverwaltung, daß der Reisende Aussteller oder Einkäufer der näher zu bezeichnenden Mustermesse ist unter Angabe, zu welcher Zeit die Messe stattfindet. Die Bescheinigung ist auf Verlangen vorzuzeigen und bei Beendigung der Rückfahrt abzugeben.

Die Abfertigung erfolgt gleichzeitig für Hin- und Rückfahrt auf je eine Blankokarte, frühestens 4 Tage vor Messebeginn, und zwar für die Hinfahrt, von der Abgangsstation bis zur deutschen Grenzstation mit einer Geltungsdauer von 4 Tagen, für die Rückfahrt von der gleichen oder einer anderen deutschen Grenzstation mit einer Geltungsdauer, die nicht über 14 Tage vom Beginn der Messe an hinausgeht. — Auf die Blankokarten wird der Name des Reisenden gesetzt und die Mustermesse bezeichnet, sowie die verlängerte Geltungsdauer, die Rückfahrt betreffend, angegeben.

Bei Fahrten in Sonderzügen und bei Gesellschaftsfahrten werden nur die in der Eisenbahnverkehrsordnung vorgesehenen Ermäßigungen gewährt. Der Uebergang in eine höhere Wagenklasse ist zugelassen. Bei Berechnung des Preises der Uebergangskarte gilt die Blankokarte als Fahrtausweis des allgemeinen Verkehrs.

Die Vergünstigung wird erstmalig für die Wiener Messe (13.—20. März) und die Prager Messe (20.—27. März) gewährt. Von der Beibringung der Bescheinigung der Handelskammer wird in diesen Fällen wegen der Kürze der Zeit ausnahmsweise abgesehen. Es genügt die Vorzeigung der von den Messeleitungen ausgegebenen Messeausweise.

Die Verzinsung der Rückwirkungshypotheken.

Aenderung der gesetzlichen Bestimmuugen über den Zinsenbeginn.

Von

Rechtsanwalt Robert Schneider, Karlsruhe.

Die Frage des Beginns der Verzinsung der persönlichen Forderung bei den sognannten Rückwirkungshypotheken war längere Zeit Gegenstand lebhaften Streits. Nach § 28 Absatz 1 des Aufwertungsgesetzes ist der Betrag der aufgewerteten Hypothek vom 1. Januar 1925 an zu verzinsen. Handelt es sich jedoch um eine sogenannte Rückwirkungshypothek, die zwischen dem 15. Juni 1922 und dem 15. Februar 1924 zurückbezahlt und infolgedessen gelöscht wurde, und die nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes wieder auflebt, so beginnt die Verzinsung erst mit dem Beginn des auf die Wiedereintragung folgenden Kalendervierteljahres. (§ 28 Absatz 2 des Aufwertungsgesetzes.)

Bei der Verabschiedung des Aufwertungsgesetzes wurde nicht vorausgesehen, daß sich dieser Zeitpunkt, infolge der Ueberlastung der Aufwertungsstellen und der Grundbuchämter mitunter um Jahre verschiebt. Nachdem das Oberlandesgericht Karlsruhe am 11. Mai 1926 und am 15. Juni 1926 entschieden hatte, daß sich diese Erleichterung der Zinszahlung nur auf die Hypothek und nicht auf die persönliche Forderung beziehe, die der allgemeinen Regel entsprechend vom 1. Januar 1925 an verzinst werden müßte, hat sich das oberste Landesgericht in München auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt und die Meinung vertreten, daß bei den Rückwirkungshypotheken die Verzinsung der persönlichen Forderung wie der Hypothek erst mit dem auf die Wiedereintragung der Hypothek folgenden Kalendervierteljahr beginne. Dieser Auffassung, für die, wie in der Morgenausgabe der „Badischen Presse" vom 30. Juni 1926 ausgeführt ist, rechtliche Gründe und Gründe der Billigkeit sprechen, hat sich das Reichsgericht mit der Entscheidung vom 29. Oktober 1926 angeschlossen. In der Begründung dieser Entscheidung weist das Reichsgericht darauf hin, daß sich die Bestimmungen des § 28 Absatz 1 des Aufwertungsgesetzes, nach denen die Verzinsung des Aufwertungsbetrages grundsätzlich am 1. Januar 1925 beginnt, auf die Hypothek und auf die persönliche Forderung beziehen. Von der Bestimmung des zweiten Absatzes des § 28 müsse daher das gleiche angenommen werden, da Absatz 2 des § 28 ebenfalls von der Verzinsung spreche.

Zweifellos lag der Entscheidung des Reichsgerichts die Erwägung zu Grunde, daß der Gesetzgeber dem Schuldner und dem Eigentümer, der infolge der scheinbaren Befriedigung des Gläubigers mit einer Aufwertung lange Zeit nicht mehr rechnete, den Zinsendienst erleichtern wollte. Auf der anderen Seite hat jedoch die vorgeschriebene Erleichterung der Verzinsung häufig zu Verschleppungen Anlaß gegeben. Ein Bedürfnis, den Beginn der Verzinsung der persönlichen Forderung und der Hypothek bei den Rückwirkungshypotheken unabhängig von der Eintragung festzustellen, ist daher unbestreitbar hervorgetreten.

Nach dem von der juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen ausgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Aufwertungsgesetzes soll bei Rückwirkungshypotheken die Verzinsung der Hypothek am 1. Januar 1926 beginnen, während die persönliche Forderung mit dem Beginn des auf die Mitteilung der Anmeldung an den persönlichen Schuldner folgenden Kalendervierteljahres zu verzinsen ist. Diese Bestimmung soll einerseits den Verschleppungen entgegenwirken, auf der anderen Seite geht sie davon aus, daß es keine Unbilligkeit ist, von dem persönlichen Schuldner die Verzinsung nach Ablauf des Vierteljahres zu verlangen, indem er davon Kenntnis erhielt, daß er als persönlicher Schuldner in Anspruch genommen werde.

Wie nunmehr der Reichsjustizminister bekanntgegeben hat, beabsichtigt die Reichsregierung die Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes über die Verzinsung der Rückwirkungshypotheken zu ändern und die Verzinsung mit einem festen, zeitlich zurückliegenden Zeitpunkt beginnen zu lassen. Hierfür ist von der Reichsregierung der 1. Juli 1926 vorgesehen. Aus den bis jetzt bekannt gewordenen Nachrichten ist nicht mit Sicherheit zu entnehmen, ob nur die Verzinsung der Hypothek, oder auch die Verzinsung der persönlichen Forderung am 1. Juli 1926 beginnen soll. Es erscheint zweckmäßig und würde der Vereinfachung des Verfahrens dienen, wenn Forderung und Hypothek von demselben Zeitpunkt an zu verzinsen wären, zumal in sehr vielen Fällen die persönlichen Schuldner und die Eigentümer des belasteten Grundstücks die gleichen Personen sind. Nach § 1 des Entwurfs des Abänderungsgesetzes zum Aufwertungsgesetz soll die beabsichtigte Aenderung des Beginns der Verzinsung auch dann gelten, wenn ein Gericht oder die Aufwertungsstelle inzwischen rechtskräftig anders entschieden und den Beginn der Verzinsung auf einen späteren Zeitpunkt festgesetzt hat.

Abgeschlossene Vergleiche sollen dagegen unberührt bleiben.

Diese Regelung ist nicht gerecht. In den allermeisten Fällen, in denen Gläubiger und Schuldner bestrebt waren, ihre Aufwertungsangelegenheiten gütlich zu regeln, wurden Vergleiche abgeschlossen. Schweren Herzens haben die meisten Gläubiger vergleichsweise nach Veröffentlichung der Reichsgerichtsentscheidung vom 29. Oktober 1926 dem späten Beginn der Verzinsung zugestimmt, weil sie annehmen mußten, daß sich im Falle der Durchführung des Verfahrens die Aufwertungsstelle doch der Ansicht des Reichsgerichts anschließen würde. Es wäre nun eine Ungerechtigkeit, wenn diesen Gläubigern die frühere Verzinsung entgehen würde. Empfehlenswert wäre daher eine Regelung, die auch bei abgeschlossenen Vergleichen die frühere Verzinsung eintreten ließe; es sei denn, daß der Schuldner beweist, daß die frühere Verzinsung für ihn eine grobe Unbilligkeit bedeuten würde. Es wäre zu wünschen, daß diese Regelung durchgeführt würde, damit nicht diejenigen Gläubiger, die sich verglichen haben und durch ihre Opferwilligkeit dem Staate Arbeit und Kosten ersparten, zur Strafe für ihre Verträglichkeit einen Zinsenverlust erleiden. Auch liegt es nicht im Interesse des Staates, die Hartnäckigkeit der Parteien dadurch zu unterstützen, daß er diejenigen Gläubiger, die sich mit einem Vergleiche begnügten, ungünstiger stellt.

Aus dem Karlsruher Gerichtssaal.

Die Folgen einer Schlägerei.

Ort der Handlung war die Gutleutstraße in Ettlingen. In dieser wohnt neben seinen lieben Nachbarn auch der Arbeiter Wilhelm Diebold. Es war am Sonntag, den 5. September, als er, anscheinend guter Stimmung ein Grammophon spielen ließ. Da aber der Apparat sehr laut war, wurde das Spiel von der Nachbarschaft sehr übel vermerkt. Sie gab ihrer Meinung in beredten Worten Ausdruck. Es fielen verschiedene Ausdrücke, die Diebold nicht minder reizten, als er seine Nachbarschaft gereizt hatte. Zu allem Ueberfluß kamen noch ein paar Burschen hinzu, die die üblichen Volkslieder sangen. Als Gegenleistung titulierte er die jugendlichen Sänger mit „Anstaltsbrüder" usw. Das Ende vom Liede war die schönste Schlägerei, deren Eindruck einer der Burschen dahin zusammenfaßte, daß er nichts als Hände — nicht in friedlicher Beschäftigung — gesehen habe. Es waren aber nicht nur Hände im Spiel — auch Bohnenstecken, mit denen sich die Burschen ausgerüstet hatten, spielten eine tatkräftige Rolle. Eine größere Nachbarschaft war an der Rauferei mit Eifer beteiligt. Auch Frauen wurden — zu wehrhaften Kampfgenossinnen. Diebold war durch die vielen um ihn bemühten Hände in ziemliche Bedrängnis geraten. Er griff zum Messer, und stach um sich. Mehrere Personen wurden erheblich verletzt. Einer der Beteiligten wurde am linken Auge verwundet, ein anderer trug schwere Verletzungen am Halse davon und mußte längere Zeit das Spital aufsuchen, andere trugen blutende Spuren der Messerstecherei an den Armen. Ein älterer Mann ist noch nicht ganz wieder hergestellt. Diebold hatte sich wegen dieser Sache vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Staatsanwalt erkannte an, daß auf beiden Seiten in gereiztem Zustande recht kräftig geschlagen worden war. Das Bedauerlichste war, daß Diebold zum Messer gegriffen hat. Dem einen Manne hat er damit fast den Hals durchgestochen. Der Verteidiger des Angeklagten erachtete Notwehr als vorliegend und beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

Ein ungetreuer Kassierer.

Der 41 Jahre alte Georg Kächele ist schon einige Zeit bei der Stadt Ettlingen als Kassierer des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes tätig und zwar bis zum Anfang dieses Jahres zur vollen Zufriedenheit seiner Vorgesetzten. Er machte eine Reise nach Kehl zu seinen Eltern, durch die sein Budget in Unordnung kam. In Verzweiflung darüber vergriff er sich an den durch seine Hand gehenden städtischen Geldern. Seit Anfang Januar bis 5. Februar kassierte er namens des städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes bei etwa 25 Personen Beträge im Gesamtbetrag von 361 RM. ein, die er für sich behielt. Er verschleierte diese Unterschlagungen durch unzutreffende Eintragungen ins Restantenbuch. Das Geld verbrachte er im Kreise froher Zecher. Er gibt an, daß ihn die Wirtshausgesellschaft, der er öfters die Zeche freihielt, zu seinen Verfehlungen verführt habe. Einmal ging ihm ein Kontrollbeamter nach, da er sein Geld noch nicht abgeliefert hatte. Er fand ihn im Wirtshaus. Der angerichtete Schaden ist alsbald wieder ersetzt worden, auch sind im übrigen zahlreiche mildernde Umstände zu Gunsten des Angeklagten vorhanden, so daß das Schöffengericht lediglich auf vier Monate Gefängnis erkannte.

Voranzeigen der Veranstalter.

)(**Kantgesellschaft.** Der heutige Vortrag im Naturkundesaal der Goetheschule von Herrn Direktor Dr. Ott über „J. St. Mill" beginnt ausnahmsweise punkt 8 Uhr (statt 8¼ Uhr).

× **Die r. russische Konzertgesellschaft** unter Leitung ihres Dirigenten Dr. E. Swerkoff wird morgen, Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Karlsruher Eintrachtsaal wiederum einen genußreichen Abend darbieten. Wer jemals dieses Balalaika-Orchester gehört hat, wird den einzigartigen Eindruck nie vergessen. Diese Musik ist in der Tat die Stimme der großen Sehnsucht und der jauchzenden Freude, die Weise einer Nacht und die Melodie der Tage. Sie ist wie der Wind, der über das Roggenfeld zieht und wiederum die Sprache des grollenden Sturmes. Eindringlich und klar ist diese Musik und der einfachste Mensch kann sie verstehen. Es ist die Musik des russischen Volkes, die mit ihrer eigenartigen Schwermut und tiefbeschwörender Macht zur Seele spricht. — Das Balalaika-Orchester wird bei uns neben seinen altbewährten „Schlagern" größten Teils neue Darbietungen spenden, die neu hinzugetretene Balalaika-Solistin Elisabeth Wolgina gilt geradezu in höchster Vollendung spielen. Russische National- und Volkstänze, sowie Männerchöre sorgen für Abwechslung. Karten sind noch im Vorverkauf bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, und an der Abendkasse zu haben.

)(**Kaffee Bauer.** Trotz Jazzmusik haben sich die Mittwochkonzerte mit ihrem klassischen Programm einen großen Kreis dankbarer Zuhörer geschaffen. Als musikalischer Leckerbissen sei beim heutigen Konzert Mozarts Klarinettenquintett hervorgehoben. (Siehe die Anzeige.)

Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Sterbefälle. 13. März: Emil Richter, ledig, 39 Jahre alt, Ref.-Lokomotivführer a. D. 14. März: Nikolaus Jacobs, Ehemann, 53 Jahre alt, Major a. D.; Christian Weller, Ehemann, 55 Jahre alt, Bäckermeister. 15. März: Adolf Hofmann, Ehemann, 76 Jahre alt, Privatmann; Balbina Heck, 36 Jahre alt, Ehefrau von Rudolf Heck, Heizer; Marie Saier, 62 Jahre alt, Witwe von Georg Saier, Bierführer.

Warum husten Sie,

wenn Sie in **Fays echten Sodener Mineral-Pastillen** ein ausgezeichnetes Mittel dagegen haben? A2781

KALODERMA-SEIFE
VON DEN GUTEN DIE BESTE
F. WOLFF & SOHN

Badischer Landtag.

Ausschuß für Gesuche und Beschwerden.

Der Ausschuß für Gesuche und Beschwerden hielt am Dienstag eine Sitzung ab. Der frühere Pächter Karl Klink hatte ein Gesuch eingereicht um Entschädigung für den bei der Bebauung und Urbarmachung des Hofgutes Hagenschieß erlittenen Aufwand und die dort geleistete Arbeit. Klink fordert 70 000 Mark und begründet die Forderung damit, daß in dem Vertrag, den er seinerzeit mit dem Staate bei Uebernahme der von ihm erstellten Baulichkeiten geschlossen hat, eine zu niedere Kaufsumme festgesetzt worden sei. Die Regierung hatte damals einen Kaufpreis bezahlt, der unter dem Verkehrswert stand. Eine Rechtsverpflichtung des Staates kann aus dem Vertrag nicht hergeleitet werden. Aus Billigkeitsgründen hatte die Regierung jedoch den Vorschlag gemacht, ihm einen Teil einer alten Holzkaufschuld zu erlassen, wie sie bereits früher Zinsen in Höhe von rund 7000 Mark nachgelassen hatte. Der Regierungsvorschlag schien dem Ausschuß als annehmbar.

Das Gesuch eines Polizeiwachtmeisters a. D. um Wiedereinstellung in den Polizeidienst wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

In einem Gesuch des K. Däubler in Pforzheim wurde Beschwerde über die Behandlung in den Strafanstalten Bruchsal und Mannheim geführt. Ein kommunistischer Abgeordneter war mit der Berichterstattung betraut. Da dieser den Bericht von seinem Klassenstandpunkt aus erstattete, war es dem Ausschuß nicht möglich, ein objektives Bild des Tatbestandes zu erlangen. Es wurde ein neuer Berichterstatter gewählt. Durch diese prinzipielle Maßnahme des Ausschusses wurde zum Ausdruck gebracht, daß im Landtag nur solche Berichte zur Grundlage einer Beratung gemacht werden sollen, die allen Anforderungen strengster Objektivität entsprechen.

Das Reichstabakforschungsinstitut in Forchheim

Die badische Regierung, der Badische Landtag, die Badische Landwirtschaftskammer und die Tabakbauvereine des Landes haben es lange Zeit hindurch nicht an Bemühungen fehlen lassen, das Reichs-Tabak-Forschungs-Institut nach Baden zu bekommen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand und sind an dieser Stelle wiederholt eingehend erörtert worden. Diese Bemühungen waren denn auch von Erfolg und nun wird dieses Institut in Forchheim bei Karlsruhe errichtet. Soeben kommt aus Berlin die Nachricht, daß der Direktor des Deutschen Wirtschaftsdienstes in Berlin, Dr. Paul Koenig, der von Beruf Biologe ist, zum 1. April dieses Jahres zum Direktor des Instituts ernannt worden ist. Das Institut wird sich, wie wir früher schon dargetan haben, ausschließlich der Lösung wissenschaftlicher Probleme auf dem Gebiete der Tabakkultur, besonders der Erzeugung guter Zigarrentabaksorten, widmen und wird keine handelstechnischen oder industriellen Fragen bearbeiten. Das erste Jahr wird mehr der Organisierung und dem Bau des Institutes, sowie der Besichtigung der verschiedenen Tabakanbaugebiete in Deutschland gewidmet sein. Für einen späteren Zeitpunkt ist auch die Besichtigung verschiedener Tabakanbaugebiete im Auslande vorgesehen.

Vom Badischen Kriegerbund.

Tagung des Oberen Pfinzgaues in Durlach.

Zu der erweiterten Gauausschußsitzung, zu der auch Vertreter des Badischen Kriegerbundes geladen waren, erschien der Bundespräsident, Generalmajor a. D. Ullmann. Als Ehrengast war Freiherr Viktor Schilling von Cannstatt erschienen.

Nach der Begrüßung der Anwesenden durch den 1. Vorsitzenden, Verwaltungs-Inspektor Ernst Müller, wurde die umfangreiche Tagesordnung erledigt. Der Gauausschuß hatte beschlossen, die noch lebenden Gründer des Pfinzgaues zu ehren. Es sind dies der Ehrenvorsitzende des Gaues, M. Römmele-Durlach, der Ehrenvorsitzende des Leibgrenadiervereins, G. Dill-Durlach, Ehrenvorsitzender Wenz-Berghausen, Postagent Zilly (Zeppelinreiter) Söllingen und Ehrenvorstand L. Rohrer-Grünwettersbach. Unter ehrenden Worten für treue Mitarbeit wurden den Genannten Diplome überreicht. In herzlichen Worten dankte Römmele für diese Ehrung. Dann gedachte der Vorsitzende derer, die auf dem Felde der Ehre geblieben, und der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen; die Versammlung ehrte ihr Andenken in der üblichen Weise. Der Gau ruhte nicht, bis endlich nach drei Jahren beim Badischen Kriegerbund die Kb.- und Kh.-Fürsorge errichtet worden ist, über deren Ergebnisse Gauleiter Kiefer recht erfreuliche Erfolge mitteilen konnte. Ueber den Werdegang der Jugend-Kleinkaliberschießabteilungen berichtete der Gauschützenmeister Röthenbacher, besonders über den Beitritt zum Badischen Sportverband. Aus Gesundheitsrücksichten bat er um Enthebung von seinem Posten, dem aber nicht entsprochen werden konnte, da Röthenbacher als guter Organisator von der Gauleitung nicht gerne entbehrt wird; als Beihilfe wurde Schützenmeister Häffner in die Gauleitung gewählt.

Der diesjährige Gauabgeordnetentag findet am 26. Juni ds Js. in Grünwettersbach statt, verbunden mit der Fahnenweihe des dortigen Vereins. Das 50. Stiftungsfest des Vereins in Wilferdingen soll ausgangs Mai, verbunden mit einem Gauausflug, stattfinden. Ein vom Gau gestifteter Wanderpreis soll auf dem Schießstand des Leibgrenadiervereins im Laufe der Schießperiode herausgeschossen werden. De Frage der Errichtung einer Sterbekasse soll auf dem Landesabgeordnetentag in Konstanz am 8. Mai d. J. geregelt werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Vereine, die Kriegsanleihe gezeichnet haben, Antrag auf Gewährung einer sozialen Wohlfahrtsrente stellen können.

Zu allen Punkten, besonders zur Kb.- und Kh.-Fürsorge, zum Badischen Sport-Verband usw., gab der Bundespräsident Aufschluß und versprach, die Wünsche des Gaues im Präsidium zu vertreten.

Mit Dank an alle Anwesenden schloß der Vorsitzende die Tagung mit dem Gruß: Auf Wiedersehen in Grünwettersbach!

Volkstrauertag.

✠ **Büchenau**, 13. März. Die hiesigen Vereine hatten sich zusammengefunden, um der Gefallenen in Ehren zu gedenken. An der Südseite des Denkmals nahm der Musikverein, im Westen der Kriegerbund und im Osten der Gesangverein Aufstellung. Zum Vortrag brachte als erster der Musikverein „Wie sie so sanft ruhn". Darauf folgte der Gesangverein „Harmonie" mit: „Ich hatt' einen Kameraden". Der Vorsitzende des Gesangvereins gedachte in ergreifender Rede der Gefallenen und forderte die Mitglieder sämtlicher Vereine auf, mitzuhelfen an dem Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Gesangs- und Musikvorträge umrahmten die sinnige Veranstaltung, die tiefen Eindruck bei allen Teilnehmern hinterließ.

✠ **Karlsdorf**, 15. März. Auch die Gemeinde Karlsdorf gedachte am Sonntag der im Felde gefallenen Gemeindemitglieder. Nach dem Gottesdienste begaben sich zahlreiche Bewohner vor das Kriegerdenkmal. Unter anderen waren der Bürgermeister, sämtliche Gemeinderatsmitglieder sowie die Fahnenabordnungen der Vereine anwesend. Nach einem vom Musikverein Karlsdorf vorgetragenen weihevollen Choral ergriff an Stelle des Bürgermeisters der erste Vorsitzende des Kriegervereins Karlsdorf das Wort zu einer eindrucksvollen Ansprache, in der er der im Felde gefallenen Söhne der Gemeinde gedachte. Hierauf legte er am Denkmale einen Kranz nieder. Der Schützenverein ehrte die Gefallenen durch 3 Ehrensalven.

✠ **Bruchhausen**, 15. März. Die Einwohnerschaft der Gemeinde Bruchhausen versammelte sich vor dem Rathaus nachmittags 2 Uhr, um gemeinsam nach dem Friedhof zu gehen und dort unseren Gefallenen eine Stunde der Trauer zu weihen. Den Zug überragten die Fahnen der Vereine. Die Helme der Feuerwehren waren weithin sichtbar. Voraus zogen die Schulkinder. Eingeleitet wurde die Feier durch das Largo von Händel, das die Musikkapelle unter Leitung von Emil Eckert stimmungsvoll zum Vortrag brachte. Der Gesangverein „Edelweiß" unter Stabführung des Hauptlehrers Hollerbach folgte mit dem Sanktus von Schubert. Ganz besonders ergreifend waren die Darbietungen der Schulkinder: „Der Ehrenkranz", „Unbekannt", und „Unseren Helden". Die Jungfrauenkongregation sang unter Leitung des Hauptlehrers Eitel das Lied „Treues Grüßen". Im Mittelpunkt der Feier stand die Gedächtnisrede des Hauptlehrers Hollerbach. Bürgermeister Heinzler widmete sinnige Worte den Gefallenen von Bruchhausen und legte im Namen der Gemeinde einen Kranz nieder. Drei Böllerschüsse durchzitterten die Luft. Die Schulkinder sangen dann das Lied „Ueber den Sternen". „Der gute Kamerad" von Gesangverein „Edelweiß" und das „Altniederländische Dankgebet" der Musikkapelle gaben der eindrucksvollen Gedächtnisfeier einen würdigen Abschluß.

✠ **Großweier**, 13. März. Der Volkstrauertag wurde hier in gebührender Weise begangen. Vormittags versammelten sich die Vereine zum allgemeinen Kirchgang. In geschlossener Ordnung marschierten sie unter Vorantritt der Musikkapelle zur Kirche. In der Predigt gedachte der Ortsgeistliche der Gefallenen. Nach dem Gottesdienst nahmen die Vereine und die Einwohnerschaft auf dem Kirchplatz vor dem Kriegerdenkmal Aufstellung. Die Musikkapelle trug den Choral „Ueber den Sternen" vor, worauf Rud. Zeis einen Kranz niederlegte. Zeis, der schon über 40 Jahre dem Verein als 1. Vorsitzender angehört, widmete den Gefallenen einen herzlichen Nachruf, gedachte auch der Kriegerhinterbliebenen und Kriegsbeschädigten. Zum Schluß spielte die Musikkapelle „Wie sie so sanft ruhn."

⊙ **Lahr**, 13. März. Der Volkstrauertag wurde hier mehr in den Kirchen ohne besondere äußerliche Veranstaltungen gefeiert. Die Waffenvereine veranstalten die gemeinsame große Ehrung der Gefallenen auf dem Ehrenfriedhofe alljährlich an Allerheiligen. In der Generalversammlung des Kriegerbundes am Samstag gedachte der Vorsitzende des Volkstrauertages. Die Versammlung erhob sich zu stillem Gedenken, während die Musik gedämpft das Lied vom guten Kameraden spielte. Die öffentlichen sowie viele Privatwohnungen hatten die Fahnen auf Halbmast gehißt, die Stadt ließ einen großen Lorbeerkranz am Denkmal auf dem Friedhof niederlegen und auf dem Ehrenfriedhof waren die Soldatengräber frisch geziert. In den stark besuchten Kirchen wiesen die Geistlichen auf den Ernst und die Bedeutung des Tages hin. Die israelitische Gemeinde hielt ebenfalls am Vormittage eine Gedenkfeier ab.

× **Kippenheim** (Amt Lahr), 14. März. Die israelitische Gemeinde veranstaltete in der Synagoge eine sehr eindrucksvolle Trauerfeier zum Gedächtnis der Gefallenen. Lehrer Schwab hielt während der Feier eine zu Herzen gehende Ansprache. Der Synagogenchor sang den 23. Psalm: „Der Herr ist mein Hirte".

Der Offenburger Schwarzbrenner-Prozeß.

Urteilsverkündung Mittwoch Abend.

= **Offenburg**, 15. März. Am heutigen Verhandlungstag — der gestrige Montag war sitzungsfrei — kamen die Plädoyers des Anklagevertreters Staatsanwalt Moor, der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalts W. Frey von Karlsruhe und Oberregierungsrat Hornung zum Austrag, sowie die Verteidigungsreden. Die Urteilsverkündung erfolgt Mittwoch Abend halb 6 Uhr.

Aus den Nachbarländern.

= **Ludwigshafen am Rhein**, 14. März. **(Freiwilliger Tod.)** In ihrer Wohnung im Stadtteil Nord hat sich die 25 Jahre alte Ehefrau eines Schlossers, Louise Zänglein, durch Einatmen von Leuchtgas vergiftet. Als sie gegen Abend von ihrem nach Haus gekommenen Ehemann aufgefunden wurde, konnte der herbeigerufene Arzt nur den Tod feststellen. Die Frau litt an Schwermut, was auch die Ursache zu ihrer Handlung sein dürfte.

= **Dennach** (O.-A. Neuenbürg), 15. März. **(In der Abortgrube erstickt.)** Das zweijährige Söhnchen des Sägers Volle fiel in einem unbewachten Augenblick in die Abortgrube und erstickte. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

= **Ostdorf i. W.**, 15. März. **(Ein 80 Jahre alter Mann verbrannt.)** In der Sonntag Nacht brach in dem kleinen Häuschen des 80jährigen ehemaligen Fartenwärters Schühle Feuer aus. Trotz eifrigen Bemühens der Feuerwehr gelang es nicht, in den Aufenthaltsraum des Greises einzudringen. Als der Brand gelöscht war, fand man den Greis, der im Rauche erstickte und bis an die Knie stark verbrannt war, tot vor. Infolge des hohen Alters war der Greis an sein Bett gebunden und mußte so den qualvollen Tod erleiden.

— **Balingen**, 14. März. **(Das Drama in der Hohenzollern-Höhle.)** Die Eltern des in der Hohenzollernhöhle aufgefundenen toten Wilhelm Braun von Derendingen haben den Gefundenen als ihren Sohn erkannt. Nach ihren Angaben hat dieser in Derendingen bei einem Schlosser in Arbeit gestanden und ist dort wegen geringer Meinungsverschiedenheiten ausgetreten. Am 24. November hat er das Elternhaus verlassen ohne Angabe eines Reiseziels. Die hiesige Gegend war ihm nicht unbekannt; er hatte sie schon einmal mit Kameraden durchwandert und gerne von den Naturschönheiten erzählt. Allen Umständen nach erscheint ein Verbrechen ausgeschlossen. Der Tod des jungen Mannes ist auf einen Unglücksfall zurückzuführen. In jugendlichem Wissensdurst und Tatendrang ist er jedenfalls allein in die Höhle vorgedrungen und konnte den Rückweg nicht mehr finden. Trifft diese Vermutung zu, und die Umstände bei der Auffindung der Leiche sprechen dafür, dann hat sich hier ein furchtbares Drama unter der Erde abgespielt. Eine der Photographien, die vor dem Toten liegend aufgefunden wurden, stellt das elterliche Haus dar; im Anblick dieses und in Erinnerung an seine Eltern, hat der Unglückliche wohl sein Leben beschlossen. Die Leiche wurde in die Heimat gebracht.

= **Straßburg i. Els.**, 15. März. **(Tot aufgefunden.)** Auf der Strecke Straßburg—Schlettstadt wurde der 52 Jahre alte Eisenbahnangestellte Joseph Görgler aus Lingolsheim tot auf dem Bahnkörper aufgefunden. Man nimmt an, daß der Unglückliche, der einen Schädelbruch erlitten hat, im Nebel von einem Zug erfaßt und getötet worden ist.

= **Mülhausen i. Els.**, 15. März. **(Vom Zuge erfaßt.)** Am Samstag abend wollte der Zugführer Schaffar von Mülhausen mit dem Zug in Richtung Basel fahren, um seinen Dienst anzutreten. Als er die Gleise überschritt, kam im selben Augenblick der Baseler Personenzug heran. Schaffar wurde von der Maschine erfaßt und so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb.

= **Metz**, 15. März. **(Bedeutende Unterschlagungen im Amt.)** Der 45 Jahre alte Kassierer Lacroix der Krankenkasse der Hütte „Friede" in Nilvingen hat während mehrerer Jahre bedeutende Unterschlagungen begangen, die vor zwei Tagen bei einer während seiner Abwesenheit erfolgten Kassenrevision erst aufgedeckt wurden. Die Veruntreuungen, die eine Höhe von 700 000 Franken erreichen sollen, gehen bis in das Jahr 1924 zurück und werden nach den ersten Berichten auf die mangelnde Aufsicht und das vollständige Versagen des Kassenprüfungsdienstes zurückgeführt. Durch die Stellung Lacroix im öffentlichen Leben hat die Angelegenheit den Umfang eines großen Skandals angenommen. Lacroix war Präsident des Souvenir francais, Vizepräsident des Katholikenbundes, Mitglied des Gemeinderats und mehrerer Vereine und Träger verschiedener Auszeichnungen. Als Mitglied des Kirchenrats von Nilvingen hat er erst vor kurzem für die Kirche ein Kirchenfenster gestiftet. Lacroix ist, nach einer Meldung aus Cannes, wo er zur Kur weilte, dort verhaftet worden.

= **Reinach** b. Basel, 15. März. **(Tödlicher Automobilunfall.)** Der 30 Jahre alte Knecht Georg Müller wurde von einem von Basel kommenden Auto überfahren und sofort getötet.

Geschäftliche Mitteilungen.

Unter den großen amerikanischen Automobilproduzenten, die dieses Jahr außer der Forcierung des eigenen Marktes auch die des europäischen betreiben, ragte die General Motors Corporation mit ihren 10 Tochtergesellschaften eigener Automobilmarken in augenfälliger Weise hervor. Unter den 300 neuen, auf der Nationalen Automobilschau in Newyork glänzenden Modellen sind ein großer Teil Produkte von Buick, Chevrolet, Oldsmobile, Pontiac, Oakland, Cadillac, GMC. Trucks und Yellow Cabs, Trucks und Buses. Alle diese Einzelgesellschaften gehören wieder zu der Spitzenorganisation: General Motors Corporation, Detroit, Michigan, deren Erzeugnisse sowohl dem bewährten europäischen Geschmack als auch den kontinentalen Preisen bei höchster technischer Vollkommenheit angepaßt sind.

Aufklärung!

Unter dem obigen Kennwort behauptet die Süddeutsche Sauglingsgesellschaft, Karlsruhe, in der Nr. 109 vom 6. März der „Badischen Presse", dass der Elektrolux G. m. b. H. auf der Gesolei Düsseldorf 1926 lediglich für den zur Ausstellung gelangten Eisschrank der Preis zuerkannt worden sei.

Ferner behauptet sie, dass die Süddeutsche Sauglings-Vertriebsgesellschaft allein die höchste Auszeichnung erhalten hätte.

Beide Behauptungen der Süddeutschen Sauglings-Vertriebsgesellschaft sind unwahr.

Der ELEKTROLUX G. m. b. H. wurde sowohl die silberne Medaille, als auch die goldene Medaille zuerkannt, während die Süddeutsche Sauglings-Vertriebsgesellschaft lediglich die silberne Medaille erhalten hat.

Die ELEKTROLUX G. m. b. H. ist die einzige deutsche Staubsauger-Firma, die sowohl mit der Silbernen, als auch mit der Goldenen Medaille auf der Gesolei ausgezeichnet worden ist.

Elektrolux G. m. b. H.

Verkaufsstelle Karlsruhe i. B., Kaiserstraße 205

Fernsprecher 1704

8188

ERSTAUNLICH wie das D.D.D. Heilmittel HAUTKRANKHEITEN LINDERT!

Macht dem Jucken ein sofortiges Ende.

Kaufen Sie heute noch bei Ihrem Apotheker eine Flasche zu M. 2.75

oder portofrei von Schäfer's Versandapotheke Berlin W 62, Kleistrasse 34.

Thymol 5,0, acid. salicyl. acid. carbol 1,5 Butychloral 1,0, Meth. salicyl. 2,0, Glycerin 5,0, Spirit. dil. 100,0.

Honig

Garant. reiner Bienen-Blüten-Schleuder-Honig 10 Pfd.-Dose franko Nachn. Mk. 11.— halbe Mk. 6.50. Nichtgefallendes nehme zurück. 152a

Frau Rektor Feindt & Söhne

Großimkerei und Honigversand, Hemelingen 26

Kapitalien

Tätige Beteiligung

mit zirka 8—10 000 M von tüchtigem Kaufmann in eine mittlere Holzwarenfabrik gesucht. Angebote erbittet unter Nr. 1326a an die Badische Presse.

Von Selbstgeber 50 M zu leihen gesucht gegen gute Sicherheit. Angebote unt. Nr. B627 an die Badische Presse.

Coryfin-Bonbons

(Aethylglycolsäure-Mentholester.)

Ein **Qualitätsprodukt** von ganz besonderer Eigenart.

Seit Jahrzehnten hervorragend bewährt bei: **Husten, Katarrh, Heiserkeit, Verschleimung, stimmlichen Störungen**

Verlangen Sie aber ausdrücklich Coryfin-Bonbons in Originalpackung „Bayer".

In Apotheken und Drogerien erhältlich.

Drucksachen werden prompt und sauber angefertigt Buchdruckerei FERD. THIERGARTEN

Südwestdeutsche Jndustrie- und Wirtschafts-Zeitung

Frankfurter Abendbörse.

Frankfurt, 15. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendbörse verzeichnete fast dieselbe der Mittagsbörse eigene Geschäftslosigkeit. Im allgemeinen waren die Kurse unverändert nur Farbenindustrie zwei Prozent über dem Nachbörsekurs. Holzverkohlung auf mögliche Kapitalrekonstruktion zirka 10 Prozent schwächer, doch sind nach unseren Erkundigungen auch wieder Anschlußverhandlungen im Flusse. Die Abendbörse schloß zu unveränderten Kursen.

Warenmarkt.

Metalle.

Berlin, 15. März. (Funkspruch.) Metalle. Elektrolytkupfer 128, Remelted-Plattenzink von handelsübl. Beschaffenheit 57.50—58.50, Originalhüttenaluminium 210, desgl. in Walz- oder Drahtbarren 214, Reinnickel 340—350, Antimon Regulus 105—110, Silber (1 Kilo) 75.50—76.50 RM. Die Preise gelten für 100 Kilogramm.

Preisfeststellungen im Berliner Metallterminhandel. Kupfer: März 117 B, 118 G, April 117.25 B, 117.50 G, Mai 117.50 B, 117.50 G, Juni 117.50 B, 117.75 G, Juli 118 B, 118 G, Aug 116 B, 116 G, Sept. 116.25 B, 116.25 G, Okt. 116.50 B, 116.50 G, Nov. 116.75 B, 116.75 G, Dez. 117 bez., 117 B, 117 G, Jan. 117.25 B, 117.25 G, Febr. 117.50 bez., 117.50 B, 117.50 G. Tendenz schwach.

Blei: März 56.75 B, 57 G, April 56.75 bez., 56.50 B, 56.75 G, Mai 56.75 B, 57 G, Juni 57 B, 57.25 G, Juli 57.25 bez., 57 B, 57.25 G, Aug. 57.25 B, 57.25 G, Sept.—Okt. 57.25 B, 57.50 G, Nov. 57.50 bez., 57.25 B, 57.50 G, Dez.—Jan. 57.25 B, 57.50 G, Febr. 57.50 B, 57.50 G. Tendenz stetig.

Zink: März — bez. 60.75 G 61.75 B, April, Mai — bez. 60.75 G 61.50 B, Juni, Juli, Aug. — bez. 61 G 61.50 B, Sept. — bez. 61.25 G 61.50 B, Okt. 61.50 bez. 61.50 G 61.75 B, Nov., Dez. — bez. 61.50 G 62 B, Jan. — bez. 61.75 G 62 B, Febr. 62 bez. 62 G 62 B. Tendenz: stetig.

London, 15. März. Metallschlußkurse. Kupfer per Kasse 55⅝—55¾, Kupfer per 3 Monate 56⅛—56¼, Settlement 55⅝, Elektrolytkupfer 62⅝ bis 63⅛, best selected 61—62¼, Zinn nahe Sicht 312¾—313, Zinn entfernte Sicht 299¾—300, Settlement 313, Blei nahe Sicht 28, Blei entfernte Sicht 28 7/16, Settlement 28, Zink nahe Sicht 30 15/16, Zink entfernte Sicht 31⅛, Settlement 31, Quecksilber 19¼—19½, Platin —.

Hamburger Warenmarkt.

Hamburg, 15. März. (Deutscher Kursfunk.)

Reis: Tendenz ruhig aber stetig. Bei beschränkten Umsätzen blieben die Preise unverändert. Burmahreis loco 15.1½, dto. per März-April 15.3, Valencia 000 loco 19.3, Siam 000 loco 18—22.6, Bruchreis A. I loco 14.10½, dto. per März/April 13.10½, Patnareis 000 loco 29, Moulmein 000 loco 20, dto. per April/Mai 20, Bassin loco 15.6—17.3 sh, Fancy Bluerose 12½ Dollar cif., Screenings faq bis chois 5.75—6.30 Dollar cif.

Auslandszucker: Tendenz sehr ruhig. Preise abgeschwächt. Tschechische Kristalle Feinkorn prompte Ware 18.3, dto. per April 18.0¾, dto. per Mai 18 sh; Deutscher Kristallzucker ohne Notiz.

Kaffee: Brasilofferten liegen unverändert, ebenso die Locopreise. Die Nachfrage des Inlandes und des Nordens ist befriedigend. Extra Prima 1.00—1.13, Prima 0.92—0.99, Santos Superior 0.87—0.91, Goods 0.81—0.87, Regulars 0.79—0.81, Rio Kaffee 0.80—0.90, Viktoria Kaffee 0.76—0.86, Sul de Minas 0.86—0.93, gewaschener Centralamerik. Kaffee: Salvador 1.25—1.55, Guatemala 1.25—1.65, Costarica 1.55—2.00, Maragogype 1.80—2.10.

Schmalz: Preise unverändert. Tendenz ruhig. Amerik. Steamlard 31 Dollar. Trans. Purelard in Tierces div. Standmarken 32—32¼ Dollar. In Firkins je 50 Kilo netto ¼ Dollar teurer, in Kisten je 25 Kilo netto ⅜ Dollar teurer. Hamburger Schmalz in Dritteltonnen Marke Kreuz: 37½ Dollar.

Kakao: Tendenz kaum stetig, Marktlage ruhig. Accra schwimmend 78, dto. per März/April 78.6 sh, angeboten ohne Käufer. Superior Bahia schwimmend 84, dto. per März/April 84.6 sh cufr. Plantation Trinidad schwimmend ca. 82—82.6 sh cufr. wert. Für Superior Sommer-Arriba per März/April werden Gebote gesucht zu 99 sh cufr.

Chemikalien: Preise unverändert.

Hülsenfrüchte: Tendenz ruhig bei unveränderten Preisen. Viktoriaerbsen 63—78, grüne Erbsen 47—57, grüne Erbsen, handbelesen 63—68, kleine Erbsen 44—48, Futtererbsen 27—30, Tellerlinsen 72—82, mittlere Linsen 50—60, kleinere Linsen 27—40, weiße Speisebohnen 42 bis 62. Preise in Reichsmark.

Gewürze: Geringe Umsätze nach dem Inlande. Pfeffer im Locohandel unverändert. Cassia Verra haussierend, da die Ernte für die Dauer von 4 Monaten für amerikanische Rechnung aufgenommen ist. Cassia Verra Prima nicht vorhanden, Secunda loco 92—94 Reichsmark. Weißer Muntokkfeffer 380, schwarzer Lampong 214, schwarzer Singapore 215, Piment 150, Macisblüte Banda 945, Lorbeerlaub 34, holländischer Kümmel 76. Die Preise gelten in Reichsmark ab Kai oder Lager.

Amerikanische Getreidenotierungen.

Chicago, 15. März. (Funkspruch.) Schlußkurse. Weizen: Tendenz kaum stetig: Mai 137⅞, Juli 132⅛, September 121¾. — Mais: Tendenz stetig; Mai 86⅞, Juli 80⅞, September 84⅜. — Hafer: Tendenz kaum stetig; Mai 45⅝, Juli 45⅞, September 44⅜. — Roggen: Tendenz willig; Mai 103, Juli 101½, September 96¾. (Alles in Cents je Bushel.)

New York, 15. März. (Funkspruch.) Weizenterminschlußkurse. Weizen Domestic: Tendenz kaum stetig; Mai 140⅝, Juli 146. Weizen Bonded: Tendenz kaum stetig; Mai 145⅝, Juli 143⅛.

Vom deutschen Weinmarkt.

Man schreibt uns: Gute Resultate zeitigten die Weinversteigerungen der vergangenen Woche, die im Rheingau-Oestrich und Coblenz — hier für die Mosel vom Versteigerungsring — sowie in der Rheinpfalz — Kallstadt, Königsbach und Bad. Dürkheim — sowie in Rheinhessen — Mainz — abgehalten wurden. Oestrich erzielte für das Halbstück 1926er 1100 Reichsmark und für 1925er 1160 Reichsmark im Durchschnitt. In Coblenz wurden am ersten Tage für 1925er Moseler durchschnittlich 1846 Reichsmark pro Fuder (960 Liter) und am zweiten Tage bis 1700 Reichsmark erlöst. In Kallstadt kamen 1926er auf 1720—3200 Reichsmark die 100 Liter und 1925er Flaschenweine auf 1.60—2.80 Reichsmark die Flasche. In Bad Dürkheim setzte das Dr. Dietrich-Nachfolgersche Gut 1925er zu 1820—8010 Reichsmark die 1000 Liter ab. 1924er Flaschenweine kamen auf 2—2.50 Mark, 1921er auf 5—6.10 Reichsmark die Flasche; der Rest der 1921er Flaschenweine wurde wegen nicht genügender Gebote nicht abgegeben. In Königsbach erzielten die vereinigten Weingutsbesitzer durchweg für ihre aufgelegten Sachen schöne Preise.

Das freihändige Verkaufsgeschäft stand im Zeichen belebter Nachfrage bei ihren seitherigen Stand festbehaupteten Preisen. In Rheinhessen gingen 1925er Weißweine von 1200—2400 Reichsmark, je nach Güte, die 1200 Liter über, 1926er Portugieser fanden zu 850—1000 Reichsmark und mehr Nehmer. Für 1925er Weißweine wurden von 1150—2200 R.-M. das Stück bezahlt. An der Nahe nehmen die von den Winzern verlangten Preise steigende Richtung an. Unter 1200 Reichsmark ist bei 1926er nicht mehr anzukommen. Sie werden zu 1200—1400 Reichsmark und darüber das Stück (1200 Liter) abgesetzt. Im Rheingau finden die neuen Weine, deren Abstich allenthalben beendet ist, durchweg wegen ihrer schönen Entwicklung uneingeschränktes Lob. Hierin in den letzten Tagen in kleineren Posten getätigte Abschlüsse bewegten sich bis zu 1000 Reichsmark das Halbstück (600 Liter). Neurodungen wurden im Rheingau seither in ziemlichem Umfange vorgenommen. An der Mosel wurde im Gebiete von Bernkastel 1925er zu 1200—1500 Reichsmark und 1926er zu 1500—2000 Reichsmark das Fuder (960 Liter) abgenommen. Brauneberg erzielte für 1925er 1750 Reichsmark und für 1924er 1700 Reichsmark. Ellen setzte 1925er zu 1200—1400 Reichsmark und 1924er zu 1100 Reichsmark ab. In Maring stellten sich 1925er auf 1100—1200 Reichsmark und in Wintrich auf 1100—1350 Reichsmark, in Minheim auf 1200 Reichsmark, in Pölich auf 1100—1200 Reichsmark das Fuder. In der Rheinpfalz wurden für 1926er Weißweine von 1000—2500 Reichsmark die 1000 Liter angelegt, während Portugieserweine dieses Jahrganges zu 850—1100 Reichsmark die gleiche Menge Nehmer fanden. In Franken wurden für 1926er Weißweine von 120—180 Reichsmark die 100 Liter bewilligt. In Baden notierte dieser Jahrgang von bis über 170 Reichsmark die Ohm (150 Liter). Bei allerdings nicht so großem Angebot wie früher schnitt der 49. Weinmarkt in Offenburg (Ortenau) gut ab. Ortenauer Rotweine wurden mit 170—250 Reichsmark, Affenthaler und Kappelrodecker Rotweine nicht unter 200 Reichsmark, Kaiserstühler Rotweine (Spätburgunder) zu 110 bis 150 Reichsmark, Auslese zu 180—190 Reichsmark die 100 Liter angeboten. Inländer aus den Weingütern des Prinzen Max von Baden und Frhrn. Zorn von Bulachscher weißer Bordeaux wurden mit 820 Reichsmark die 100 Liter bezahlt. Kaiserstühler Weißweine kosteten von 100—150 Reichsmark. Es handelte sich in der Hauptsache um 1926er Weine. In Württemberg stellten sich 1926er auf 120—180 Reichsmark die 100 Liter.

Die Rebarbeiten konnten dank einer günstigen Witterung ebenso wie die Neuanlagen weiter geführt werden. Der Rebschnitt ist allgemein weiter als in den Vorjahren gediehen.

Vom süddeutschen Eisenmarkt.

Der Eisengroßhandel berichtete jüngst über verminderten Umsatz in Roheisen und Gießereibedarf, da die Zurückhaltung der Verbraucher im Einkauf fortdauerte. Ein Erfordernis zur Heranziehung vermehrter Mengen Luxemburger Gießerei-Roheisen lag daher nicht vor; im Gegenteil, die Bezüge werden ständig kleiner. Betrug die Einfuhr von Luxemburger Roheisen im Dezember 1926 noch 3 720 Doppelzentner, im Januar 1927 wurden nur 3 102 Doppelzentner importiert. In gleichem Zeitraum ging die deutsche Gesamt-Einfuhr von Roheisen von 134 320 auf 125 201 Doppelzentner zurück, so u. a. aus Frankreich von 48 566 auf 32 744 Doppelzentner, aus Elsaß-Lothringen von 31 011 auf 19 484 Doppelzentner, aus dem Saargebiet von 30 176 auf 26 105 Doppelzentner. Dagegen ist die Einfuhr von Roheisen aus Oesterreich in gleicher Zeit von 3 024 auf 20 053 Doppelzentner gestiegen. Die Preise für Luxemburger Gießerei-Roheisen stellten sich auf der Frachtbasis Sierck auf 85 RM, Wintersdorf auf 79 RM. für die 1000 Kilo. Bei der Unmöglichkeit, größere Posten Schrott zu erträglichen Preisen nach dem rheinisch-westfälischen Absatzgebiet plazieren zu können, suchten die süddeutschen Schrotthandelsfirmen am mitteldeutschen und oberschlesischen Markt für ihr Material Interesse zu erwecken, was zum Teil auch gelang. Von Württemberg aus sind etwa zwei Drittel bis nahezu drei Viertel des Anfalls nach und Oberschlesien verkauft worden, sodaß die befürchtete weitere Preissenkung, mit der man angesichts des trägen Verkaufs nach Rheinland und Westfalen bestimmt rechnete, ausblieb und sich vielmehr eine gewisse Stabilisierung in den Preisen ergab. Man nannte jüngst als Händlerpreise frei Bahnwagen badisch-württembergischer Großhandelsplätze folgende Sätze: für chargierfähigen Kernschrott, kurze Ware (bis ½ Meter lang) etwa 43.50 RM., lange Ware bis 1½ Meter lang) 43—44 RM., für chargierfähigen Kernschrott etwa 45.50 RM., für Hochofenspäne etwa 34.50 RM., für kurze reine Eisenspäne für Martinöfen 37 RM., für Schwarzblechabfälle, lose, etwa 32.50 RM., für Schwarzblechpakete, gut, gebündelt etwa 37.50 RM., für Gußspäne, reine, blaue etwa 39.75—40.25 RM., für Schmelzeisen etwa 20 RM., alles für die 1000 Kilo. Von Seiten der süddeutschen Gießereien wurde regelmäßiger nach Gußbruch Umschau gehalten und es fanden infolgedessen andauernd Umsätze darin statt. Mit dem Absatz von Ofengußbruch haperte es aber auch weiter. Handelsgut begegnete keinerlei Kaufinteresse. Im allgemeinen haben sich die Preise für Gußbruch behaupten können. Der Export der süddeutschen Schrottgroßhandelsfirmen haben etwas nachgelassen. Nach Italien, das regelmäßig als Käufer am Markte war, konnten allerdings ziemlich regelmäßig Partien abgesetzt werden, auch die Tschechoslowakei nahm einigermaßen annehmbare Partien ab, sonst aber waren nach den für den süddeutschen Handel in Betracht kommenden Ländern nur begrenzbare Mengen abzusetzen. Der Umstand, daß die rheinisch-westfälischen Werke mit ihren Schrottkäufen schon seit längerer Zeit am süddeutschen Markte erheblich nachließen, findet seine Erklärung zum Teil in einer wesentlichen Steigerung des Imports von Auslandsware. Wie sehr sich dieser gehoben hat, erhellt daraus, daß im Dezember v. J. nur 408 637 Doppelzentner eingeführt wurden, im Januar 1927 aber 525 267 Doppelzentner, also rund ein Viertel mehr.

Das Geschäft in Walzwerksprodukten gewinnt immer mehr an Ausdehnung; erfolgt diese auch in langsamem Tempo, so hat man dafür aber die Gewähr, daß sie sich auf gesunder Basis vollzieht. Allgemein wurden von der eisenverarbeitenden Industrie Aufträge bereitwilliger erteilt, zumal da zum Teil erhebliche Lagerergänzungen erforderlich wurden. Das führte wiederum zu größeren Ordreserteilungen der Großhandelsfirmen an die eisenerzeugenden Werke. Einen namhaften Teil der Aufträge kam den Saarwerken zu, die bei gleichen Preisen in vielen Fällen rascher zu bedienen in der Lage waren, wie die westdeutschen Werke, zumal jene überdies auf die Bedürfnisse des süddeutschen Marktes im allgemeinen von früher her besser eingestellt sind. Bei den Ueberweisungen von Aufträgen an die erzeugenden Werke fielen jene auf Stabeisen stärker ins Gewicht, als bisher, eine Erscheinung, die sich mit der notwendigen Vorversorgung für den bald stärker einsetzenden Baumarktbedarf erklärt. Dann sind allerdings auch Ordres in Formeisen von der weiterverarbeitenden Industrie erteilt worden; es hatten insbesondere zum Teil die Eisenkonstruktionswerkstätten etwas stärkeren Bedarf und daher Kaufbedürfnis. Bei Lagerlieferungen in Posten von 15 Tonnen und darüber bis unter 30 Tonnen, in einem Posten abgenommen, konzedierten die Großhändler den Käufern Preise von rund 134 RM. pro 1000 Kilo, Frachtgrundlage Neunkirchen. Sätze, die bei größeren Partien bis zu 130 RM. betrugen. In Stabeisen bot sich ständig Gelegenheit für die Großhandelsfirmen zum Verkauf teils belangreicher, teils kleinerer Posten. Soweit Abschlüsse in Werkslieferungen an Händler und Großverbraucher in Stabeisen vor sich gingen, sind Sätze von 133 RM. die 1000 Kilo, Frachtgrundlage Neunkirchen, gezahlt worden. Stabeisen in kleineren Mengen wurde in Mannheim-Ludwigshafen frei Verwendungsstelle zu 18.20 RM. pro 100 Kilo geliefert. Am Markte für Bleche hat der Absatz von Fein- und Mittelblechen nicht ganz befriedigen können. Etwas mehr gefragt, als bisher, waren Grobbleche, die vielfach an Kesselfabriken, Schiffswerften usw. gingen. Mittelbleche in größeren Posten (über 15 Tonnen) stellten sich im Preise ab Lager Mannheim auf etwa 177 RM. herum je 1000 Kilo, während kleinere Posten, bei Lieferung nach der Verwendungsstelle, mit 22.90 RM. pro 100 Kilo bewertet wurden.

Das Geschäft in Draht konnte bei langsam steigenden Umsätzen etwas mehr zufriedenstellen. Die Notierungen für Lieferungen ab Lager Mannheim stellten sich für geglühten Draht auf etwa 23.50 RM., für blanken Draht auf etwa 22—22.50 RM., für verzinkten Draht auf etwa 27.25 RM. für die 100 Kilo. Am Markte für Drahtstifte wurde zwar weniger gesucht, als in den Vormonaten, es kamen aber immer noch vereinzelt auffallend niedrige Offerten heran, die mit den Einkaufspreisen nicht recht harmonierten. Die Grundpreise für Drahtstifte stellten sich jüngst ab Lager Mannheim auf etwa 24—26 RM. für die 100 Kilo.

Banken und Geldwesen.

Vereinsbank Karlsruhe e. G. m. b. H. Die Genossenschaft weist in ihrem nunmehr vorliegenden Abschluß einen Reingewinn von 34 363 R.-M. aus, der die Verteilung von **9 Prozent Dividende** auf die bezugsberechtigten Guthaben gestattet. Der Gesamtumsatz von 101 Million Reichsmark hat sich gegen das Vorjahr nur wenig gesteigert. Die Mitgliederzahl ist vom Anfang des Jahres 1926 mit 4 818 auf 3 482 am Anfang des Jahres 1927 gesunken. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung erbrachten Zinsen 103 199 Reichsmark, Provisionen 58 794 Reichsmark, Kursgewinne an Effekten 15 504 Reichsmark, sodaß sich einschl. des Vortrags von 5 710 Reichsmark ein Bruttogewinn von 188 207 Reichsmark ergibt. Unkosten erforderten 148 845 Reichsmark und zwar Steuern 8 876 Reichsmark, Geschäfts- und Verwaltungskosten 139 969 Reichsmark. Aus dem hiernach verbleibenden bereits genannten Reingewinn von 34 363 Reichsmark wird zunächst die Dividende verteilt, dann erhält die Reserve 7 120 Reichsmark, der Dispositionsfonds 5000 Reichsmark, während der Rest von 8534 R.-M. auf neue Rechnung vorgetragen wird. In diesem Jahr wird zum ersten Mal die nach dem Genossenschaftsgesetz vorgeschriebene Vertreterversammlung auf den 28. März einberufen.

H. Rhein. Hypothekenbank A.-G. in Mannheim. Der Aufsichtsrat schlägt die Verteilung von **6 Prozent Dividende** auf die Vorzugsaktien und von **8 Prozent auf die Stammaktien** vor. Zum Vorstandsmitglied wurde Regierungsrat a. D. Dr. Eduard v. Nicolai (z. Zt. Direktor der Diskontogesellschaft Filiale Chemnitz) bestellt.

Frankfurter Pfandbriefbank A.-G. in Frankfurt. Die Generalversammlung genehmigte in Anwesenheit von 5/6 des Aktienkapitals den Abschluß mit 8 Prozent Dividende auf das für das 1926 dividendeberechtigte Aktienkapital von 3,702 Millionen Reichsmark.

Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken. — Aktienkapital-Erhöhung bei der Deutschen Hypothekenbank zu Meiningen und der Preußischen Boden-Credit-Actien-Bank zu Berlin. Nachdem die meisten anderen Hypothekenbanken ihre Aktienkapitalien zum Teil erheblich erhöht haben, beabsichtigen nunmehr auch die Deutsche Hypothekenbank in Meiningen und die Preußische Boden-Credit-Actien-Bank in Berlin, die erst kürzlich die bei der Goldumstellung aufgegebenen Vorzugsaktien im Umfang von 300 000 RM. bezw. 250 000 RM. wieder eingeführt haben, mit einer mäßigen Erhöhung ihrer Aktienkapitalien vorzugehen, um den Banken neue Betriebskapitalien zuzuführen. Sie haben zu diesem Zweck eine außerordentliche Hauptversammlung auf Samstag, den 2. April d. J. einberufen. Es handelt sich bei der Deutschen Hypothekenbank um eine Kapitalerhöhung von 4 Mill. RM., bei der Preuß. Boden-Credit-Actien-Bank um eine solche von 3 Mill. RM. Eine Volleinzahlung des neuen Aktienkapitals ist zunächst nicht in Aussicht genommen. Nach erfolgter Volleinzahlung werden die neuen Aktien den Aktionären zu einem angemessenen Bezugspreis angeboten werden.

Hypothekenbank Saarbrücken Aktiengesellschaft in Saarbrücken. Das Institut wird für das abgelaufene Geschäftsjahr aus einem Reingewinn von 729 261 Frs. (einschließlich Vortrag) wie im Vorjahre eine Dividende von 12 Prozent zur Verteilung bringen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Vom Röhrenmarkt. Wie wir erfahren, ist sowohl die oberschlesische wie die rheinisch-westfälische Röhrenindustrie zur Zeit mit Aufträgen lebhaft und befriedigend beschäftigt. Es sind in der letzten Zeit eine Reihe nicht unbedeutender Auslandsaufträge hereingenommen worden, die auch für die nächsten Monate die gleiche, nicht ungünstige Geschäftslage erwarten lassen. Nachdem die Röhrenindustrie jahrelang unter starker Depression zu leiden hatte, ist diese Besserung der Lage besonders zu begrüßen.

Verschärfte Sanierung der Gebr. Bing A.-G. in Nürnberg. Seit einigen Tagen tauchten wiederholt Gerüchte auf, nach denen die seiner Zeit vorgenommene Zusammenlegung des A.-K. im Verhältnis von 2 zu 1 und nachfolgende Wiedererhöhung zur Konsolidierung der Schulden nicht ausreichen würde und eine verschärfte Zusammenlegung nötig wäre. Aus Verwaltungskreisen verlautet hierzu nur, daß eine Entscheidung über die geplante Reorganisation erst nach der Bilanzsitzung für das abgelaufene Geschäftsjahr stattfindet. Außer den bekannten Vorschlägen hätten neuerliche Erwägungen nicht stattgefunden.

Die modernste Flotte der Welt.

Cunos Rede auf dem Seeschiffahrtstag.

Auf dem Deutschen Schiffahrtstag in Berlin hielt der Generaldirektor der Hapag, Geheimrat Dr. Cuno, einen programmatischen Vortrag über die Lage der deutschen Seeschiffahrt. Im weltwirtschaftlichen Geschehen der letzten 10 Jahre war, so führte er aus, das Lebensschicksal keines anderen Wirtschaftszweiges lehrreicher für die Wahrheit, daß nicht die Macht des Schwertes, sondern nur die von der Natur gegebene **Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen** und Zusammenhänge der Völker und Länder das Leben und Werden in der Schiffahrt bestimmen. An finanzieller Hilfe aus der Reichsentschädigung ist der deutschen Schiffahrt noch nicht ein Viertel der verlorenen Werte zuteil geworden. Unter Verwendung aller durch **Frachten eingekommenen Mittel** und unter Anspannung des **Kredites** stieg die Tonnage der Handelsflotte von insgesamt 600 000 Bruttoregistertonnen auf rund 3,2 Millionen Bruttoregistertonnen. Mit 3,2 Millionen Tonnen steht die deutsche Handelsflotte noch um etwa 2 Millionen Tonnen hinter den Vorkriegsziffern zurück. In der Reihe der Schiffahrtsländer nimmt Deutschland nach Lloyds Statistik vom Juni 1926 erst wieder die sechste Stelle ein. Der Anteil der deutschen Handelsflotte an der Welttonnage beträgt 5,2 Prozent gegenüber 12 Prozent 1914.

Der **Umfang unserer Handelsflotte** ist also im Verhältnis zur Größe unserer Bevölkerung und zu der Bedeutung unseres Außenhandels und unserer Industrie noch recht gering. Auch das Zusammenfassen größerer Flotten in einer Hand darf darüber nicht hinwegtäuschen, daß wir erst am Anfang stehen. Denn dies ist mehr eine **Zusammenfassung der Kräfte** als eine Vermehrung. Unter den Handelsflotten der Welt hat Deutschland nach wie vor den **größten Prozentsatz an neuer Tonnage.** Etwa 40 Prozent aller deutschen Schiffe haben ein Alter von **weniger als fünf Jahren,** während die entsprechende Ziffer 1913 nur 24 Prozent betrug und der Prozentsatz der ganzen Welt nur 16,5 beträgt. Der Bau dieser Schiffe fällt in die Nachkriegszeit, also eine Periode vielfacher technischer Neuerungen auf den Gebieten des Schiffbaues und Schiffsantriebs.

Neben den vielfachen Neuerungen, welche beim Dampfantrieb in der Befeuerung und der Wärmeausnutzung, wie im Turbinen- und Kolbenmaschinenbau erzielt sind, interessiert besonders die **zunehmende Verwendung des Motorantriebes.** Während der Anteil an Motorschiffen in der Welthandelstonnage zurzeit 6 Prozent beträgt, beträgt der Anteil der Motorschiffe an der deutschen Handelsflotte etwa auf 7 Prozent.

Geheimrat Cuno wandte sich dann der **Wiederaufnahme des Linienn**etzes zu. Trotz der Schwierigkeiten, die sich bei einem durch hohe Zollmauern umgebenen und in politisch und wirtschaftlich kaum lebensfähige Einzelstaaten zerrissenen Europa gegenüber der Stoßkraft eines einheitlichen wirtschaftlichen Auslandes ergeben, muß der Außenhandel in jeder Weise zur Geltung gebracht werden. Neben der Weiterentwicklung und Förderung der Frachtfahrt müssen auch die Passagefahrten gehoben werden. So, wie die Dinge jetzt liegen, muß Deutschland sich darauf einstellen, auch **deutsche Menschen über See** zu senden. Der Redner wandte sich gegen die angebliche Bevorzugung der deutschen Werften durch die Reichsregierung. Gerade die Zwangslage unserer Reedereien ist die beste Rechtfertigung für die bekannte Hilfsaktion der Reichsregierung für die deutschen Werften durch den mittlerweile bereits erschöpften 50-Millionen-Fonds und die jetzt beschlossene Zinsverbilligung. Die Reedereien haben diese Angelegenheit von dem Gesichtspunkt der Erhaltung der technischen Leistungsfähigkeit der Wirtschaft besonders begrüßt. Im übrigen haben weder der 50 Millionen-Fonds noch die Zinsverbilligung mit Subvention etwas zu tun. Wir sind uns bewußt, daß Subventionen bereits einen Schritt auf dem Wege zur Staatsschiffahrt bedeuten. Diese aber halten wir für eine Einrichtung, mit der keinem der Beteiligten wirklich gedient ist.

Industrie und Handel.

H. Zuckerfabrik Rheingau A.-G. in Worms. Die Generalversammlung, in der die Süddeutsche Zuckerfabriken A.-G. in Mannheim als einzige Aktionärin 51 221 Stimmen vertrat, genehmigte den dividendelosen Abschluß, wählte ausscheidende Aufsichtsratsmitglieder wieder und an Stelle von Dr. Max Hesse, Direktor der Süddeutschen Diskontogesellschaft in Mannheim, der sein Amt niedergelegt hat, nachdem inzwischen das ganze Aktienkapital von Rheingau an die Süddeutsche Zuckerfabriken A.-G. übergegangen ist, deren Vorstandsmitglied Direktor Bruno Seeliger in Stuttgart-Cannstatt. Dr. Hesse bleibt mit dem Unternehmen insofern verbunden, als er dem Aufsichtsrat der Süddeutschen Zuckerfabriken A.-G. und dessen engerem Ausschuß angehört. Wie mitgeteilt wurde, haben die Aktionäre der Rheingau A.-G. von dem **Umtauschangebot der Süddeutschen Zuckerfabriken A.-G. fast restlos Gebrauch gemacht.** Eine Anregung des Verbandes Süddeutscher Zuckerrübenpflanzer, der bereits zwei Mitglieder zum Aufsichtsrat stellt, noch einen weiteren Vertreter dieses Verbandes in den Aufsichtsrat zu wählen, soll bei der nächsten Gelegenheit besprochen werden.

Wilhelm Wolff A.-G., Pforzheim. Die Gesellschaft, deren Aktien vor mehreren Wochen an der Frankfurter Börse eingeführt worden sind, berichtet für 1926 über eine Besserung des Geschäftsganges. Der Abschluß ergibt nach 25 710 (28 792) RM. Abschreibungen einschließlich 65 958 (6 464) RM. Vortrag einen Reingewinn von 175 178 (201 957) RM., woraus wieder 10 Prozent Dividende verteilt und 39 178 RM. vorgetragen werden.

Die Lage in der Pforzheimer Bijouterie-Industrie. Die kleine Belebung zu Beginn des Jahres ist bald wieder abgeflaut. Auch von einem Ostergeschäft kann mit geringen Ausnahmen bisher nicht gesprochen werden. Gut beschäftigt sind noch Hersteller von Bestecken und fein versilberten Metallwaren. Aus allen Gebieten wird über starke Preisunterbietungen geklagt. Besonders schlecht geht das Auslandsgeschäft. Die neuen Zollsätze des französischen Zolltarifs für Edelmetalle und Schmuckwaren haben stark beunruhigt.

c **Rosolwerke Magnetine A.-G., Chemische Fabriken, Mannheim.** Gemäß Generalversammlungsbeschluß wurde das Aktienkapital um 150 000 RM. herabgesetzt und die Aktionäre werden zum Umtausch ihrer Aktien bis 1. Juli 1927 aufgefordert.

c **Wehrle-Werke A.-G., Maschinenfabrik, Emmendingen (Baden).** Trotz stärker vermindertem Rohgewinn von 561 842 auf 486 012 RM. und Reingewinn von 97 840 auf 59 659 RM., dem allerdings auch eine, wenn auch geringere Verminderung der allgemeinen Unkosten von 286 232 auf 276 376 RM., der Steuern von 128 586 auf 108 579 RM. und der Abschreibungen von 49 283 auf 41 398 RM. gegenübersteht, soll eine von 2 auf 6 Prozent erhöhte Dividende ausgeschüttet, 26 000 RM. zurückgestellt und 4 509 RM. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Vor der Fusion zwischen der Baumwollspinnerei Erlangen und der mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bemberg. Die seit einiger Zeit schwebenden Fusionsverhandlungen zwischen der Baumwollspinnerei Erlangen und der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Bamberg sind jetzt so weit gediehen, daß der Fusionsplan Mitte der Woche den Aufsichtsräten unterbreitet werden soll. So weit bisher zu übersehen ist, dürften die 5 Mill. Reichsmark Bemberg-Aktien im Verhältnis von 4 zu 3 in Erlanger Aktien (bisheriges Kapital 6,57 Millionen Mark) umgetauscht werden. Die maßgebenden Aktienposten beider Gesellschaften befinden sich im Besitz der bekannten mit der Berliner Handelsgesellschaft beziehungsweise Stuttgarter Textil Großfirma W. Wolf u. Sohn, sodaß wesentliche Abänderungen des Fusionsplanes durch den Aufsichtsrat nicht zu erwarten sind.

Moloza, Holzindustrie A.-G. Zu der im Gang befindlichen Restaurierung bezw. Neufinanzierung der Molozakonzession mit der U. d. S. S. R. erfahren wir zuverlässig aus Moskau, daß dieser Tage das Mitglied des A.-R. der Moloza Staatssekretär a. D. Dr. H. Hemmer-Charlottenburg in Moskau erwartet wird. In unterrichteten Kreisen ist man der Meinung, daß man im Hauptkonzessionsgebiet der Moloza Holzindustrie A.-G. bedeutende Zugeständnisse machen wird, um die Konzession überhaupt zu erhalten.

Rheinische Stahlwerke A.-G., Essen. Wie wir erfahren, hat die Arenberg-Gruppe, die bekanntlich über 25 Prozent des Rheinstahl-Aktienkapitals besitzt, mit einer Berliner Gruppe einen Poolungsvertrag abgeschlossen, der ihr von einigen Millionen Reichsmark Rheinstahl-Aktien das Stimmrecht zur Verfügung stellt. Obwohl eine praktische Verschiebung in der Rheinstahlkonstellation durch diese Transaktion nicht eintritt, ist es interessant festzustellen, daß man trotz aller Versicherungen über ein auch zukünftiges freundschaftliches Zusammenarbeiten mit der J.-G. Farbenindustrie auf augenblicklicher Basis Positionsverstärkungen auch außerhalb der Börse überhaupt vornimmt. Die immer ernsthafter auftretende Nachricht von einer baldigen Abstoßung der großen rheinischen Kohlenzechen des Ruhrreviers scheint auch bei Rheinstahl auf beiden Seiten gewisse Vorbereitungen zu zeitigen.

Vereinigte Glanzstoffabriken A.-G., Elberfeld. — Kapitalserhöhung um 8 Millionen Reichsmark. In einer heute stattfindenden Sitzung des Aufsichtsrats soll über die Erhöhung des Aktienkapitals um 8 Millionen Reichsmark Beschluß gefaßt werden. Das Bezugsrecht der alten Aktionäre wird ausgeschlossen. Die neuen Aktien dienen laut „B. B. C." zum Erwerb einer kleineren Fabrik, die bereits zu 80 Prozent im Besitz der Vereinigten Glanzstoffabriken A.-G. ist.

Chemische Fabrik auf Aktien (vorm. E. Schering) in Berlin. Die Gesellschaft, die erst Mitte vorigen Jahres ihr Aktienkapital um 5 250 000 RM. auf 16 800 000 RM. erhöht hat, plant nunmehr eine neue bedeutende Kapitalstransaktion. Einer zum 5. April 1927 anberaumten außerordentlichen Hauptversammlung wird die Erhöhung des Aktienkapitals um 8 200 000 RM. auf 25 000 000 RM. vorgeschlagen. Von den neuen, vom 1. Januar 1927 ab dividendenberechtigten Stammaktien soll ein Teilbetrag von 4 000 000 RM. zur Verschmelzung mit der C. A. F. Kahlbaum, Chemische Fabrik G. m. b. H. zu Berlin dienen. Die restlichen 4 200 000 RM. Aktien werden zum Zwecke des Umtausches der Genußscheine im Verhältnis von 1:1 in Stammaktien Verwendung finden. — Diese Umtauschrelation erscheint für die Genußscheininhaber nicht ungünstig. Am 14. d. M. stellte sich der Kurs der Stammaktien an der Berliner Börse auf 225 G, der der Genußscheine auf 220 bG.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

TODES-ANZEIGE

Unerwartet rasch entschlief gestern abend mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel

Christian Weller

Bäckermeister

im Alter von 55 Jahren.

Karlsruhe, den 15. März 1927.

In tiefer Trauer:

Maria Weller, geb. Braun
Maria Weller
Else Litsch, geb. Weller
Josef Litsch.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 3 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt.

Trauerhaus: Leopoldstraße 32. B1100

Todes-Anzeige

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres lieben Kollegen

Herrn

Christian Weller

Bäckermeister

geziemend in Kenntnis zu setzen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, 17. März, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Freie Bäcker-Innung Karlsruhe.

Die Mitglieder des Bäckermeister-Gesangvereins „Fidelitas" treffen sich um ¾3 Uhr vor der Friedhofkapelle. 8186

Todes-Anzeige.

Meine innigstgeliebte Gattin, Schwester, Tante und Schwägerin

Balbina Heck

geb. Bauer

ist heute rasch und unerwartet im 37. Lebensjahre verschieden. B1145

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Rudolf Heck und Angehörige.

Beerdigung findet Donnerstag, den 17. März, 2¼ Uhr statt.

Trauerhaus: Schützenstr. 71

Emmy Schoch

Modewerkstätten I. Ranges
Herrenstr. 11

Das elegante Jackenkleid

9421

Israelitische Religionsgesellschaft.
Fasten Esther u. Purim-Feier.
Donnerstag, 17. März. Fasten-Beginn 4.45 Uhr. Morgengottesdienst 6.30 Uhr.
Abendgottesdienst 6.30 u.
Freitag, 18. März. Morgengottesdienst 5.45 Uhr.
Vorlesen der Megilo 6.30 Uhr.
Jugendgottesdienst 5.15 Uhr.

Polieren, Umbeizen, Reparaturen
von Möbeln, Pianos besorgt fachgemäß (B1090) **Ganzmann,** Amalienstraße 12, III.

Wer besorgt Umzug einer **2 Z.-Wohnung** v. Karlsruhe nach Pforzheim? Angebote m. äuß. Preisangabe u. Nr. O614 an die Badische Presse.

Schneider
Heimarbeiter, kann noch ein Großstück mitmachen. Erfragen unt. Nr. C693 in der Badischen Presse.

Unterricht

Zither-Lehrerin
für Akkord-Zithern gesucht. Abend 5—9 Uhr. Vorläufig wöchtl. 1 Tag beschäft., in kurzer Zeit jeden Tag. Näheres bei Vital, Baumeisterstr. 38, 3. Stock. (B1110)

Kindergärtnerin
(Fröbl.) sucht f. Vormittag einen kleinen Kinderzirkel zu gründ. Ang. u. U595 an die Bad. Presse.

Kaufgesuche

Herren-Kleider
gegen gute Bezahlung zu kaufen ges. Angebote u. Nr. 8070 an d. Bad. Pr.

1 Kasernenofen
1 kleinster Füllofen, ca. 20 m Ofenrohr, zu kaufen gesucht. (8148) Sofienstr. 115, Hof, r.

Pritschenwagen
gebraucht, zirka 100 Ztr. Tragkraft, zu kaufen gesucht. Angeb. mit Preisangabe unter Nr. B602 an die Badische Presse

Beiwagen
f. Motorrad gesucht. Eilofferten unt. Nr. M612 an die Badische Presse.

Klappsportwag. m. Dach ges. Angeb. u. Nr. 8170 an die Badische Presse.

Offene Stellen

Männlich

Tüchtiger, zuverlässiger **Fuhrmann** gesucht. Durlacherstraße Nr. 34. (B1086)

Sehr leistungsfähige
Badische Lackfabrik
sucht einen im nördlichen Baden und Württemberg nachweisbar bestens eingeführten
Reisenden oder Provisionsvertreter.
Angeb. unt. Nr. 1253a an die Bad. Presse erb.

Zuverlässige, möglichst unabhängige
Frau gesucht
zur Mithilfe im Haushalt, auch waschen und putzen für Nachmittage und ganze Tage. Solche, die schon in guten Häusern waren, werden bevorzugt. Adresse zu erfragen unt Nr. U570 in der Badischen Presse.

Junges, ehrliches Mädchen, das etwas kochen und alle Hausarbeiten pünktl. verrichten kann, zu 2 Pers. ges. Zu Hause schlafen erwünscht. Vorzustellen Donnerstag ab 2 Uhr Leibbrand, Marienstr. 20, III. (B1085)

Ehrliches, pünktliches
Mädchen
das vorläufig zu Hause schlafen kann, zur Beihilfe im Haushalt gesucht. Angebote unter Nr. F606 an die Badische Presse.

Alleinmädchen
ehrlich, fleißig, mit gut. Zeugn., f. kl. Villenhaushalt, 4 Pers. gesucht. **Durlach,** Rittnerstr. 51. (B1118)

Lederzuschneider und Stanzer
gesucht. Vorzustellen von 10—12 Uhr. (8190) Deutsche Signalflaggenfabrik G. m. b. H. Karlsruhe, Kaiser-Allee 25.

Schreiner,
jung., der schon im Bau gearbeitet hat, für sofort gesucht. Angebote u. Nr. E555 an die Bad. Pr.

Weiblich

PUTZ.
Für einen Platz in der Nähe von Offenburg wird eine tüchtige,
I. Arbeiterin
nicht zu jung, die auch im Verkauf bewandert ist, zum sofortigen Eintritt gesucht. Kost und Wohnung im Hause. Angebote mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen an: (5503)
Otto Hummel,
Damenhüte en gros, Karlsruhe i. B., Werderstraße 2.

Tüchtiges
Alleinmädchen
nicht unter 20 Jahren, in all. Hausarbeiten, besonders Zimmerarbeit, bewandert (kochen nicht erforderlich) zum 1. April gesucht. Nur solche mit guten Zeugnissen wollen sich vorstellen bei (5491) **Frau Fels, Kaiserallee** Nr. 42.

Tücht. Alleinmädchen
a. 1. April gesucht. Gute Zeugn. Beding. (B1125) **Kriegsstr. 73, 3. Stock.**

Ehrliches, fleißiges
Mädchen
perf. in all. vork. Hausarbeit., m. g. Zeugn. u. Empf., f. jung. Haush. m. k. Kind ges. Kinderschwester vorh. Vorzust. Haydnplatz 2, pt. B1104

Tüchtiges Mädchen
d. gut kocht u. etw. Hausarbeit verrichtet, auf 1. April gesucht. Zweitmädchen vorh. Nur Mädchen m. best. Zeugn. woll. sich meld. bei Frau Schweisgut, Ettlingen-Holzhof, Drachenrebenweg 3. Landhaus. (8164)

Der mod. Sprachen mächtiger Herr
(evtl. Dame)
findet dauernde Vertrauensstellung
für Werbewesen, Katalogarbeiten, Korrespondenz etc. in ausgedehntem Fabrikbetrieb. Anträge mit näheren Angaben unter Chiffre S. C. 2105 an Rudolf Mosse, Stuttgart. (758)

D. R. G. M. 898112
Konkurrenzlos. Haushaltungsartikel
Alleinvertrieb oder Fabrikationsrecht zu vergeben.
Interessenten wenden sich an **E. Strittmatter, Hotel Karpfen,** Mittwoch und Donnerstag 9–12 und 2–5 Uhr. B109

Eine tüchtige
Stenotypistin
gesucht. Offert. mit Zeugnisabschriften und Gehalt ansprüchen unter Nr 8195 an die Badische Presse

Gesucht
per 1. April eventl. später
je 1 erste Verkäuferin
für **Baumwollwaren** und **Tricotagen** sowie für **Damenwäsche** u. **Gardinen.** (364a
Längere Tätigkeit in ersten Häusern Bedingung. Schriftliche Offerten mit Bild, Gehaltsansprüchen und Angabe von Referenzen erbeten.
Textilhaus Adolf Gehm
KAISERSLAUTERN

Für unser Erholungsheim in Oberkirch wird eine
Köchin
die gut bürgerlich und selbständig kochen kann, für baldigen Eintritt gesucht.
Bewerbungen, möglichst mit Lichtbild, sind bis spätestens 21. März 1927 einzureichen bei der (1355a)
Allg. Ortskrankenkasse in Bruchsal

Zuverlässiges, tüchtiges
Mädchen
das auch kinderl. ist, für sof. od. auf 1. April gesucht. Bismarckstr. 39, 3. Stock. (B1075)

Stellengesuche

Männlich

Küchenchef
32 J. alt, guter Restaurateur, sucht bald. Stell. in gut. Hotel o. Restaur. Angebote erb. unt. Z611 an die Badische Presse.

Chauffeur
el. Automechanik., Führerschein 2 u. 3b, zur Zeit auf Reparaturwerkstätte, zuverlässig u. nüchterner Fahrer, sucht Stelle für Personen- od. Lastwagen, übernimmt jede Nebenarbeit. Zuschriften unter Nr. C628 an die Badische Presse.

Chauffeur
mit läng. durch lückenl. Zeugn. nachweisb. Fahrzeit, in ungekünd. Stell., sucht sich zu verändern. Führt als Fachm. alle einschl. Reparaturen aus. Angebote unt. Nr. L586 an die Badische Presse.

Junger **Maschinen-Schlosser** sucht Beschäftigung. War schon in einer Werkzeugmacherei tätig. Würde sich auch ins Autofach einarbeiten. Angebote unter Nr. B596 an die Badische Presse.

Weiblich

Junges, tüchtiges
Mädchen
in Küche u. Haushalt erfahren, sucht per sofort passende Stelle. Angeb. unter Nr. F631 an die Badische Presse.

Mädchen
19 J. alt, sucht Stellung für Küche und Haushalt. Angebote unt. Nr. T594 an die Badische Presse.

Fräulein
16½ Jahre alt, sucht Stelle als Anfängerin an Büfett für sofort od. 1.—15. April hier oder auswärts. Angebote unter Nr. W597 an die Badische Presse.

Mietgesuche

Schöne
3—4 Zimmerwohnung
beschlagnahmefrei, m. all. Zubehör, von kinderlos. Ehepaar f. Ende Mai—Juni gesucht. Südweststadt od. Weiherfeld bevorzugt. Ang. u. P574 an die Badische Presse.

3 Zimmerwohn.
von Wohnungsberechtigt. sofort oder später zu mieten gesucht. Angeb. unter Nr. S568 an die Badische Presse.

Beschlagnahmefreie
2-3 Z.-Wohnung
sofort zu mieten gesucht. Angebote an L. Weh, Beiertheim, Breitestr. 87.

Junges Ehepaar sucht freie
2 Z.-Wohnung
od. groß. Zim. m. Küche. Angebote unt. Nr. V571 an die Badische Presse.

Junges Ehepaar sucht **1 Zimmerwohnung** evtl. auch **Notwohnung.** Angebote unter Nr. R517 an die Badische Presse

Ein Versammlungs-Raum
f. ca. 300 Pers. gesucht. Angebote unt. Nr. D579 an die Badische Presse.

Zimmer

Küche u. Zimm.
von jungem Ehepaar gesucht. Angebote unter Nr. Q591 an die Badische Presse.

Alleinsteh. Frau sucht
leeres Zimmer
auch m. Küche, f. sofort. Angebote unt. Nr. K610 an die Badische Presse.

Kinderlos. Ehepaar sucht
möbl. Zimmer
m. Kochgelegenheit. Angebote unter Nr. H583 an die Badische Presse.

Sehr gut möbl.
Zimmer
in günstig. Lage, Elektr., Badbenutzung (Gasbadeofen), event. Unterbringungsmögl. für schweres Motorrad, v. jüngerem, berufst. akadem. gebild. Herrn z. 1. April gesucht. Angeb. m. Preis: Dr. Wiksner, Bau- u. Bodenbank, Schloßpl. 10. (B1089)

Gutes, leeres Zimmer
in Nähe Weinbrennerstr. sofort zu mieten gesucht. Angebote u. Nr. G552 an die Badische Presse.

Zimm. m. Klav.
tagsüber zu mieten ges. Angeb. m. Preisang. u. R585 an die Bad. Pr.

Leeres Zimmer
gesucht. Angebote u. Nr. O566 an die Bad. Pr.

Schön möbl. Zimmer, sep. Eing., Nähe Hochsch. auf 1. April gesucht Angebote unter Nr. X598 an die Badische Presse.

Leeres, heizbar. Zimmer sofort zu mieten gesucht. Angebote unt. Nr. B590 an die Bad. Presse erb.

Junges Ehepaar sucht leere Mansarde od. Zimmer für sofort Angebote unter Nr F609 an die Badische Presse.

Wohnungstausch

Zimmer u. Küche
zu tauschen gesucht. Angebote u. Nr. B565 an die Badische Presse.

Zu vermieten

Laden
der sich für Zigarren, Lebensmittel od. Bäckerei sehr gut eignen würde, kann mit oder ohne Wohnung abgegeben werden per April oder später. Angebote unter T619 an die Badische Presse abzugeben.

2-3 Büroräume
in gutem Hause sind zu vergeben. Adresse unter Nr. S618 in d. Badischen Presse abzugeben.

Büro
groß hell, zu vermieten. **Hans Thomastraße 11,** im Laden. (B1107)

Laden
mit 1 Zimmer, für Dentist geeignet, in der Nähe von Karlsruhe zu vermieten. Adresse zu erfr. unter Nr. X623 in der Badischen Presse.

Zimmer

Möbliertes
Wohn- u. Schlafzim.
mit Küchenbenützung, in schöner, freier Lage, bei alleinstehender Dame.
Zu erfragen unter Nr. T569 in der Badischen Presse.

Zimmer mit Kost an sol. Arbeiter zu vermiet. Kreuzstr. 16, II. (B922)

Zimmer mit Kost an 1 od. 2 sol. Arb. zu verm. Ettlingerstr. 21, p. B883

Kaiserstr. 56, IV., ist sofort gut möbl. Zimmer mit el. Licht u. Pens. zu vermieten. (B831)

Gut möbl. Zim. mit 2 Bett. an 2 bess. Hrn. zu verm. Adlerstr. 39, II. (B826)

Möbliertes Zimmer an solid. Herrn sofort zu vermiet.: Baumeisterstr. Nr. 10, III.. (B1071)

Möbl. Zimmer sof. zu vermiet. Kaiserstr. 175, 4 Treppen. (B1064)

In gutem Haus ist geräumiges, möbl.
Balkonzimmer
mit Küchenbenützung zu vermieten. Eisenlohrstr. Nr. 43, III. (B1034)

Karlstr. 12, III, ist ein möbliertes Zimmer zu vermieten. (B1108)

Gut möbl. Zimmer mit el. Licht, a. 1. April zu vermieten. (B1109) Moltkestr. 1, 3. St., lks.

Unmöbl. Zimmer
ohne bis-a-bis, per 1. April zu verm. (B1121) Scheffelstr. 36, 3. Stock.

Gut möbl. Zimmer an sol. Herrn oder Frl. sofort zu verm. (B1079) Effenweinstr. 35, 1. St. l.

Gut möbl. Zimmer zu vermieten. (B1136) Sofienstraße 53, part.

Möbl. Zimmer an sol., ruh. Herrn zu vermiet. Karlstraße 28, II. H., III. Stock (B1087)

Wohn- u. Schlafzim.
gut möbliert, an besser. Herrn zu verm. Parkstraße 21, II. (B1088)

Möbliertes Zimmer sofort zu vermiet. B1113 Hebenkusstr. 41, part., l.

Möbliert. Zimmer, gut. Haus, mit el. L., auf 1. April zu verm. (B1112) Akademiestr. 57, 2. Stock.

Ein möbl. Zimmer zu verm. auf sof. Wilhelmstraße 3, 3. St. (B1111)

Einf. möbl. Zimmer an Herrn sof. zu vermieten. Schützenstr. 91, 3. Stock. (B1097)

Möbliertes Zimmer zu vermieten. (B1095) Kaiserstr. 33, 1. St., H.

Gut möbl. Zimmer wöchentl. f. 7 ℳ zu vm. Humboldtstr. 23. (B1093)

Kaiserstraße 55, III., ist möbl. Zimmer für sofort od. sp. zu vm. (B1080)

Möbl., sep. Zimmer m. el. Licht, an Herrn auf 1. April zu vermiet. Lessingstr. 72, 3. Stock. (B1082)

Gut möbl. Zimmer zu vermieten. (B1081) Ettlingerstr. 31, 1. Stock.

HERVORRAGENDE EXISTENZ.

Wir vergeben noch für einige Bezirke Deutschlands die **Generalvertretung** unserer beispiellos leicht verkäuflichen konkurrenzlosen **Autozubehörartikel.** Zwingend und unentbehrlich für Personenwagen, Lastwagen, Wagenparks, Garagen. Behördliche Vorschrift zu erwarten. Kein Winker, Sucher od. dgl. **Jeder Auto- u. Motorradbesitzer ist Käufer. Erste Referenzen. Fachkenntnisse unnötig.** Die Generalvertretung sichert vornehme **Existenz bei sofortigem hohen Einkommen.** Je nach Bezirksgröße für Auslieferungslager Rm. 500—1500 sofort erforderlich. Horcher Papierkorb. Ausführliche Zuschriften nur von Herren, welche sich eine wirkliche Existenz gründen wollen und sich voll der Sache widmen können, mit genauer Bezirksangabe und des zur Verfügung stehenden Kapitals an Firma „Atomag" Fabrikation und Vertrieb von Spezial-Auto-Motorrad-Zubehör, Berlin SW. 68, Zimmerstraße 43/44. 1360a

Schönes Ladenlokal

gegenüber der Hauptpost zu vermieten.

In unserem Hause **Kaiserstr. 148** ist der am 1. Juni ds. Js. **freiwerdende Laden** mit Nebenräumen **neu zu vermieten.**

Auch haben wir in unserem Bankgebäude noch einige mit Zentral-Heizung versehene

Büroräume
sofort zu vermieten.

Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A.-G.
Filiale Karlsruhe. 8166

Badisches Landestheater

Mittwoch, 16. März 1927
Volksbühne 7

Wie es euch gefällt
von Shakespeare.
In Szene gesetzt v. Felix Baumbach

Herzog Friedrich v. d. Trenck
Celia Rademacher
Der verbannte Herzog Prüter
Rosalinde Fein
Probstein Kloeble
Le Beau Brand
Edelmänner Kuhne u. Weidner
Charles Hofbauer
Amiens Dr. Storz
Jaques Dahlen
Ein Edelmann Löser
Pagen Seiderlich u. Wanka
Oliver Hierl
Jakob Kuhne
Orlando Leitgeb
Adam Gemmecke
Dennis Mehner
Pfarrer Höcker
Corinnus Müller
Silvius Graf
Wilhelm Bock
Phöbe Moest
Kätchen Albrecht
Omen Clement

Anfang 7½ Uhr.
Ende gegen 10½ Uhr.
I. Sperrsitz 5 M.
Der 4. Rang ist für den allgem. Verkauf freigeb.
Do., 17. März: Bonaparte. Fr., 18. III.: Aida.

Pianos
Flügel, Harmonium
Ibach, Schiedmayer
Steinway
Uebel & Lechleiter
Zimmermann
Teilzahlung — Miete
Katalog frei!
PIANO-LAGER
H. Maurer
Kaiserstr. 176
Ecke Hirschstraße

Kant-Gesellschaft
Heute Mittwoch
Vortrag
Direktor Dr. K. OTT:
„J. St. Mill"
pünktlich 8 Uhr
(statt 8¼ Uhr)
(Nächstfolgend. Vortrag Dr. Kast) Beide in der Goetheschule

Bärenzwinger
Donnerstag, 17. März
abends ½9 Uhr
Lichtbilder-Vortrag
im Schrempp-Saal III

Vorzügliche
Pianinos
in mittlerer Preislage von
Thürmer
u. 6714
Wolfframm
empfiehlt
der Alleinvertreter:
Ludwig Schweisgut
Erbprinzenstr. 4
beim Rondellplatz.
Besichtigung erbeten

Erklärung.
Unterzeichneter nimmt hiermit die gegen Herrn Leopold Albecker u. seine Ehefrau im Jahre 1924 gemachten Beleidigungen als unwahr mit Bedauern zurück. (B1115)
Justus Leiß,
Reitenstr. 3. H. II.

Nichtrostende säure- u. hitzebeständige
nahtlose Mannesmannrohre
aus patentierten V. A. Stählen der Fried. Krupp A.-G. Essen
MANNESMANNRÖHREN-WERKE
DÜSSELDORF
Man verlange Prospekt

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS.
Heute nachm. 4 und abends 8 Uhr
Lützows wilde verwegene Jagd
Musikbegleit. Abt. Polizeikapelle
Letzte Wiederholung:
Donnerstag 17. März, abends 8 Uhr
Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr. 7621

Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefere ich überall hin gegen bequeme Wochenraten von nur 1.- Gmk. an
Mandolinen, Lauten, Gitarren, Violinen etc., Sprechapparate und Platten, Harmonikas, Uhren, Photographische Apparate etc. Jll. Katalog A gratis u. frei
Walter H. Gartz, Postfach 147A Berlin S. 42.

Zum Ausbau eines
Holz- u. Kohlengeschäftes
mit guter Absatzmöglichkeit wird Anschluß an Großfirma gesucht. Zuschriften unter Nr. Q616 an die Bad. Presse erbeten.

RESI
Waldstraße
Heute unwiderruflich letzter Tag:
„Im weißen Rößl"
7 riesig lustige Akte 5499
„Er" als Feuerwehrmann — Film-Groteske
Ins Wunderland von Zermatt — Reisebeschreibung
Trianon-Auslands-Wochenschau
Voranzeige!
Ab morgen Donnerstag Fortsetzung von:
„Im weissen Rössl"
Frei nach dem Schwank
„Als ich wiederkam"

Colosseum
Heute abend 8 Uhr
Sensationsgastspiel
Celly de Rheidt
Sport- und Kulturballett mit
Bella Hart, Kiami Boy und Vera Carteglieri. 8120

Darmstädter Hof
Erbaut 1752 ✱ 1 Minute vom Marktplatz

Jeden Mittwoch:
Schlachttag
Schrempp Exportbier
Qualitätsweine.
NB. Konferenzzimmer u. kleiner Saal für Sitzungen, Konferenzen, Hochzeiten und andere kleinere Veranstaltungen.

Wer gut und billig übernachten will —
der gehe in den 5834
König von Württemberg
Ecke Zähringer- u. Adlerstr. Sebastian Bauer

Druckarbeiten werden rasch und preiswert angefertigt in der Druckerei Ferd. Thiergarten.

Adliger Herr wünscht Anschluß
an adelige Kreise (Verbände, bezw. Fam.) Zuschriften unt. Nr. X548 an die Bad. Presse erb.

Gefunden

Geldbeutel
gefunden. (B1103)
Augartenstr. 87, 2. St., r.

Kissels Kaffee 8192
von Kennern bevorzugt, eigene Rösterei, täglich frisch

Konsum-Mischung	Pfd. Mk. 2.80
Reklame-Mischung	Pfd. Mk. 3.20
Wiener Mischung	Pfd. Mk. 3.60
Karlsbader Mischung	Pfd. Mk. 4.00
Mocca-Mischung	Pfd. Mk. 4.80

Tee Mk. 4.80 5.60 6.40 7.20 8.00 u. Cacao in bekannter Güte.
HANS KISSEL
Kaiserstraße 150
Telefon 186/187.

Amtliche Anzeigen

Die Abwasserleitung der Firma Vogel & Bernheimer, Cellulosefabrik in Maxau a. Rh.

Bekanntmachung.

Die obengenannte Firma beabsichtigt eine zweite Abwasserleitung nach dem Rhein, oberhalb ihrer bisherigen, zu erstellen. Die Leitung soll von der Fabrik in einer Länge von 200 m gegen Westen verlaufen und oberhalb des Gartens des Rheinwächters in den Rhein ausmünden. Von der Anlage werden die Grundstücke Lgb Nr. 8032 und 7611 der Gemarkung Knielingen — Gewann Steinwiesen — berührt. In bezug auf Menge und Beschaffenheit der Abwässer tritt gegen früher keine Aenderung ein.

Wir bringen dies mit dem Anfügen zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen bei dem unterzeichneten Bezirksamte oder dem Gemeinderate in Knielingen innerhalb 3 Wochen vom Ablaufe des Tages an anzubringen sind, an welchem die diese Bekanntmachung enthaltenden Nummern der Tageszeitungen des Bezirks Karlsruhe ausgegeben werden, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als versäumt gelten.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913 kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern oder natürlichen nicht öffentlichen Wasserläufen begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind (§ 113 Satz 2 des Gesetzes), und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der festgesetzten Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten.

Beschreibung und Pläne des Unternehmens liegen zur Einsicht der Beteiligten beim Bezirksamt Karlsruhe, Zimmer Nr. 29, und beim Gemeinderat in Knielingen offen 8202

Karlsruhe, den 15. März 1927. O.3. 39.
Bad. Bezirksamt Abt. III.

Gesuch des Metzgers Karl Traub in Weingarten um Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtstätte in seinem Anwesen in der Bahnhofstraße in Weingarten.

Der Metzger Karl Traub in Weingarten hat um die bau- und gewerbepolizeiliche Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachtstätte in seinem Anwesen in der Bahnhofstraße in Weingarten nachgesucht.

Etwaige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisteramt Weingarten anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als versäumt gelten.

Pläne und Beschreibungen liegen während der 14tägigen Frist beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer Nr. 55 — und auf dem Bürgermeisteramt Weingarten zur Einsicht offen. (8200)

Karlsruhe, den 14. März 1927. O.3. 40.
Bezirksamt Abt. IV.

Stammholz-Versteigerung

Die Gemeinde Wössingen versteigert am Freitag, den 18. März 1927, vorm. 10½ Uhr, mit Zusammenkunft am Rathaus, aus ihrem Gemeindewald: (1276a)

110 Fm. Forlen I.—III. Klasse
92 Fm. Eichen I.—V. Klasse
2 Buchen und 1 Birke.

Bürgermeisteramt.

Stammholz-Versteigerung
Königsbach.

Wir versteigern am Mittwoch, den 23. d. M.:

Klasse	I	II	III	IV	V
Eichen	8	9	18	14	7
Rotbuchen		5	3		
Weißbuchen			3	4	
Elsbeer					8
Forlen	6	20	14		Stück
Nutzholz	6 Ster.				

Zusammenkunft 9 Uhr vormittags beim Rathaus.

Königsbach, den 12. März 1927. (1344a)
Gemeinderat.

„Tapezia" 0445
die geräuschlose, die beste
Sprungfeder-Matratze.
Fabrikation: Nutzstraße 33.

Zwangsversteigerung
Mittwoch, den 16. März 1927, vormittags 11 Uhr, werde ich in Karlsruhe-Mühlburg mit Zusammenkunft am Lindenplatz gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:
Zirka 600 Schamottesteine.
Karlsruhe, d. 14. März 1927. (8178)
Stapf,
Gerichtsvollzieher.

Zu verkaufen

28467
Das Spezialgeschäft f. Qualitätswaren
Teppiche, Vorlagen Tisch- und Diwandecken, Läuferstoffe
Teilzahlung gestattet
Teppichhaus
Carl Kaufmann
Karlsruhe
Kaiserstraße 157
1. Tr. hoch, gegenüber Rhein. Creditbank.

Saub. Bett m. Matr. sehr bill. zu verk. (5389) Zähringerstr. 53a, II.

Schön geschnitzte
Truhe
(1,50 m br., 2 m hoch), sow. Nähr., massiv. Kleiderschrank, 1 el. Wohnzimmerlampe, weg. Umz. billig abzugeb. (B1106) Waldstraße 60, 2. Stock.

Sofa
neu bezogen, nur 35 M. Sutter, Körnerstr. 15. (B1102)

Speise-Service
für 12 Pers. zu verkauf. Daub, Herrenstr. 37. Anzusehen von 11—1 u. nach 7 Uhr abends. B116

Chaiselongue, Klubsessel, Garnituren zu verkauf. Walter, Leopoldstr. 13. (B1117)

Rohrplattenkoffer
9 M, groß. Vorhangspanner 15 M, Abl. Gasherd a. weiß. Gestell 10 M, schöne Mädchenpelzgarnitur 10 M, zu verkauf. Durlach, Dürrbachstr. 16, 1. Stock. (B1132)

Bett
ist preiswert zu verkauf. Angebote unt. Nr. J584 an die Badische Presse.

Vertiko 30 M, ein- und zweitür. Schränke in verschied. Preislagen, Kommode vol. 17 M, Waschkommode mit Spiegelaufsatz 50 M, Nachttische, eich. Nähtische, Zimmer- u. Küchentische von 8 M an, Waschtische, Lederklubsessel, Schreibtischstuhl, 2 gleiche u. eins. Betten, Federbetten, großer Küchenschrank, Aktenschaft u. sonst. verkauft sehr billig. An- u. Verk. D. Gutmann, Rudolfstr. 12, Telefon 6608. B1119

Massive Bettstelle mit Rost, schw. gebr. Herd, 1 Lodenmantel zu verkf. Werderstr. 92, II. B1114

Große Gelegenheit
für diejenigen, die ihren Bedarf in
Schuhwaren
von den gewöhnlichsten bis zu den Besten zu billigsten Preisen eindecken wollen, kaufen bei
D. Turner & Co.,
Kaiserstraße 49. (5487)

Großes Küchenbüfett, Kredenz, Tisch, 2 Panele, Stuhl, 90 M, 2 eis., wß. Betten, 25 M zu verkauf. Stefanienstr 10, I. B1074

Fast neue
Gasbade-Einrichtung
1 gut erhaltener
Kinderwagen
wegzugsb. preisw. abzugeben. Lehmann, Bernhardstr. 19, 4. St. B1101

Sprechapparate
Platt n. Zubehör billigste Preise, Reparaturen. 8180
Zirkel 30 (Laden).

Grammophon-Platten
Elektrola Tanz- u. Orchesterplatten, leicht angespielt, 4.25 M, 2.75 M u. 2.00 M. Emmy Schoch, Herrenstr. 11, 4. Stock. (8198)

Für Bäcker
Eine fast neue Siebmaschine (Handbetr.) billig abzugeb. Zu erfr. u. Nr. 5493 in d. Bad. Pr.

Bibel-Verkauf
vom Jahre 1736, gut erhalten, großer Druck. Angebote unt. Nr. D604 an die Badische Presse.

Drehstrommotor
1,1 Ps, 120-220 Volt, 1420 Touren, Fabrik B. B. C. m. Stern-Dreieckschalter Vorgelege-Lagerböcke u. Riemenscheiben, sehr gut erhalten, billig abzugeben 509
Röckel & Co.
Wilhelmstr. 70, Tel. 363

---

1 gut erhaltener
Dreschwagen
(Lanz), durchrepariert, hat preiswert abzugeben.
Dreschgenossenschaft Elchesheim.
Elchesheim b. Rastatt. (1363a)

Herrenrad, 35 M, Damenrad, guterh., zu vkf. Schützenstr. 40, Irion. (B1070)

H.-Fahrrad für 25 Rm., sowie zweitür. Kleiderschrank 25 Rm. zu verkf. H. Schrittner, Schützenstraße 86, III. (B1105)

Klappsportwag.
mit Dach, bereits neu, äuß. billig zu verkaufen. Adresse zu erfr. unt. Nr. W572 in der Bad. Pr.

Ein Sportwagen mit Dach u. ein gut erhalt., schwarzes Kostümkleid f. schlanke Figur billig zu verkauf. Zähringerstr 64. Johann Hunn. (B1091)

Klappsportwagen, w. eis. Kinderbett zu verkaufen. Lachnerstr. 18, part. r. (8172)

Tiermarkt

3 Dobermann-Rüden 6 W. alt, rassenr., Stb., zu verkaufen. (B1096) Waldhornstraße 49.

Öffentlicher Vortrag
im Rathaussaal am Donnerstag, den 17. März, 8 Uhr abends
Lic. Paul Humburg aus Barmen, Bundeswart des Westdeutschen Jünglingsbundes 8130
„Christus und die Jugend von heute"
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 1 Mark erhoben. Studenten u. Schüler die Hälfte.
Deutsche Christl. Akademiker-Vereinigung
Ortsgruppe Karlsruhe

Jüdischer Jugendbund Karlsruhe
Mittwoch, 16. März 1927, abends 8½ Uhr in den Räumen der Loge
VORTRAG
des Herrn Stadtrabbiner Dr. Schiff.
Gäste willkommen! Der Vorstand.

Heilsarmee, Adlerstr. 33
Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr
Heilsarmee-Trauung
geleitet von Stabskapitän Jetter.
Jedermann freundlich eingeladen. B1092

5511
Kaffee Bauer
Heute Mittwoch 8½ Uhr abends
Großes Sonder-Konzert
der verstärkten Kapelle.
AUS DEM PROGRAMM:
Ouverture z. Oper Der fliegende Holländer Wagner
Fantasie a. d. Op. Der Barbier von Bagdad Cornelius
Scherzo a. d. 7. Symphonie . . . . . Beethoven
Klarinettenquintett . . . . . Mozart.

MOZART
Künstlerspiele
Ab heute 8184
vollständig neues Programm
Kein Eintritt Kein Weinzwang

Café Grüner Baum.
HEUTE ab 4 Uhr **TANZ.** 8274

PARKSCHLÖSSLE
DURLACH — idealer Aufenthalt.
Heute Gesellschaftstag mit Tanz
Mittags ab 4 Uhr. — Abends ab 8 Uhr.

Immobilien

PRIMA Wein-Wirtschaft
mit 5 Zimmern, gute Existenz, sofort zu verpachten. Erforderliches Kapital Mk. 500 .-.
Näheres **Büro Walch**
172 Kaiserstraße 172
Telefon 1562. 8194

---

10 Ar Acker
in Rüppurr, im Strenrain, zu verpachten. Näh. Karlsruhe, Bachstr. 17. Telefon 2554. (B1094)

Schön. Wohnhaus
Weststadt, 4stöck. mit 3- u. 4 Zimmer im Stock, eine 4-Z.-Wohnung mit Bad, tauschlos beziehbar. Anzahlung 10 000 M.

Gute Geschäfte,
Hotels, Gasthäuser, Wirtschaften, Metzgerei, Bäckerei, Lebensmittelgeschäfte, Zigarren-Geschäft, Schuhbesohl-Anstalt, Schuhgeschäft, Druckerei, Buchbinderei, Kino, Bootswerft, zu verkaufen.

Einfamilienhäuser
sofort beziehbar, zu verkaufen, Anzahl. M 3000.
M. Busam,
Herrenstraße Nr. 38.
Telephon 5530. (8176)

Haus
zu kaufen gesucht
als Verwaltungsgebäude. Mindest 15 Zimmer. Mögl. erweiterungsfähig. Gute Lage. Barzahlung. Vermittler ausgeschlossen. Angebote unter Nr. G607 an die Badische Presse.

Pfannkuch
PHANKO
Preiswerte Käse

Schweizer Emmentaler
prima großgelochte Ware
Pfd. Mk. 1.55
¼ Pfd. 40 Pfg.

Vollfetter Allg. Münster
Pfd. Mk. 1.15
¼ Pfd. 30 Pfg.
bei ganzem Laib
Pfd. Mk. 1.10

Edamer
Pfd. 84 Pfg.
¼ Pfd. 22 Pfg
bei ganz. Kugel
Pfd. 80 Pfg

Limburger Stangen-Käse
halbreife Ware
Pfd. 70 Pfg.
¼ Pfd. 18 Pfg.

Handkäse
prima goldgelbe Ware
10 Stück 30 J
Kistchen, 60 Stck Inhalt 1.65
Pfannkuch